

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Fringerlohn.

Insertate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 25 Pf. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 23

Sonntag, den 4. Juni

1916

Die Vereinsgesetznovelle.

Nun hat auch die Kommission, die die Novelle zum Reichsvereinsgesetz zu beraten hatte, ihre Arbeit beendet. Und wie sie die Aenderung des Gesetzes beschlossen hat, so wird auch das Plenum entscheiden. Auch hier hat die Regierung vollen Erfolg zu verzeichnen. Obgleich von beiden Seiten Opposition gegen die völlig unzureichende Novelle erhoben wurde, geht sie unverändert durch das Ziel.

Genosse Legier sagte in der Kommission, die vorgelegte Novelle habe gewiß keine große Bedeutung, aber daß sie eine Besserung des bestehenden Zustandes bringe, könne nicht bezweifelt werden. Das hat insofern seine Richtigkeit, als die alte Praxis, die von Polizei und Gerichten gegen die Gewerkschaften angewendet wurde, beseitigt wird. Aber die Opposition befürchtet eben, daß die neue Praxis, die sich auf Grund der neuen Bestimmungen herausbilden wird, ebenso gefährlich für die Gewerkschaften werden könne. Deshalb wurden andere Bestimmungen beantragt, die sich an die bekannten Beschlüsse des Reichstages hielten, also keine etwa übertriebenen Forderungen enthielten.

Warum die Regierung diese bescheidenen Forderungen, mit denen sich auch die Sozialdemokraten vorläufig begnügten, nicht acceptiert, das würde rätselhaft erscheinen, wenn aus der Novelle nicht hervorginge, daß die Regierung immer noch ein gewisses Mißtrauen gegen die Gewerkschaften hegt. Deshalb grenzt sie das Gebiet eng ab, auf dem die Gewerkschaften sich zu bewegen haben. Und die Bestimmungen über dieses Gebiet sind so bedeutungsfähiger Natur, daß feindliche Staatsanwälte alles aus ihnen machen können, wenn es den herrschenden Kreisen beliebt, wieder den Gewerkschaften etwas an Feinde zu stiften. Daß sie dabei auch keine Seide spinnen würden, das wollen wir hier ruhig aussprechen. Denn wie die Gewerkschaften gegen eine ihnen feindliche Polizeipraxis anzukämpfen verstehen, das haben sie kurz vor dem Kriege bewiesen. Und im Notfall werden sie auch wieder die Gesetzgebung zur Abwehr etwaiger ähnlicher Angriffe in Anspruch nehmen, so wie sie in der Praxis ihren Mann dagegen stehen werden.

Hätte die Regierung in der Kommission nicht durch den Ministerialdirektor erklären lassen, daß im Falle der Annahme der weitergehenden zur Novelle gestellten Anträge die verbündeten Regierungen den Gesetzentwurf nicht annehmen würden, dann hätte sicher die Kommission diese Anträge mit der gleichen Mehrheit angenommen, wie die bereits früher vom Reichstag beschlossene Aenderung des Gesetzes.

Daß die in jener Aenderung enthaltenen Forderungen, eine präzisere Fassung des § 3, die Aufhebung des Sprachenparagrafen, sowie des Paragrafen gegen die Jugendlichen — in unserer Zeit unbedingt notwendig sind und auch noch durchgeführt werden müssen, das bekundete die Kommission durch Annahme eines vom Zentrum gestellten Antrages, den Sprachenparagrafen in einem besonderen Gesetzentwurf aufzuheben. Dieser Antrag liegt freilich nur den Wert einer Resolution, welche die Regierung wahrscheinlich mit derselben Gleichmut ad acta legen wird, wie den früheren Beschluß des Reichstages.

Wenn dies gedruckt ist, wird wahrscheinlich der Reichstag die Novelle der Regierung angenommen haben, die dann als Gesetz den neuen Zustand herbeiführen wird. Die Gewerkschaften werden ohne Zweifel sich die neuen Bestimmungen zunutze machen, denn dazu sind sie ja nach Angaben der Regierung geschaffen worden. Nicht, daß dazu eine von Grund aus geänderte Praxis nötig wäre, sie werden nur ihren eigenen organisatorischen Bestimmungen gemäß die Werbung neuer Mitglieder, auch jugendliche, mit ungehindertem Eifer betreiben. Außerdem werden sie alle einschlägigen Fragen, die das für sie umgrenzte Gebiet betreffen, in freimütiger Weise behandeln. Ein entschiedenes zu verurteilendes Verdict ist in dieser Beziehung eben der Sprachenparagraf. Andere Hindernisse bestehen für sie nicht, wenn die neuen Bestimmungen loyal gehandhabt werden. Das eben muß sich bald herausstellen.

Wir wünschen lebhaft, daß die im Reichstag ausgesprochenen Besürchtigungen nicht durch eine zweideutige Praxis gerechtfertigt werden. Aber indem wir dies aussprechen, klingt schon ein gelindes Mißtrauen hindurch, daß uns durch die frühere Praxis gegen die Gewerkschaften eingeschloßt worden ist. Es wäre eine Enttäuschung für uns wie für alle den Gewerkschaften Angehörigen, wenn dieses Mißtrauen durch eine loyale Praxis der Behörden behoben würde. Dieses Mißtrauen zwingt uns, immer auf der Hut zu sein, damit den Gewerkschaften kein Schaden geschieht. Ueberflüssig ist dies Mißtrauen keineswegs, denn es ist in der Betätigung für die Sicherung, für die

Selbständigkeit und das Wachstum der Gewerkschaften begründet, die den Kampf mit dem Kapitalismus für die Interessen der Arbeiter auf allen Arbeitsgebieten zu führen haben, aber gerade deswegen von den kapitalistischen Kreisen mit allen Mitteln bekämpft werden.

Nur muß sich zeigen, ob die neuen gesetzlichen Bestimmungen den Gewerkschaften in diesem Kampfe einen besseren Schutz bieten als die alten.

Das Fazit.

Ganz, wie die kapitalistischen Gebieter der Tabakindustrie es ausgeflügelt haben, so ist die neue Belastung des Tabaks gesetzlich festgelegt worden. Denn im Plenum des Reichstages kommt die Sache nicht anders, als in der Steuerkommission. Daß es noch einer geheimen Aemachung unter den bürgerlichen Parteien bedurfte, um eine Einigkeit unter ihnen über die neueste Auspoierung der arbeitenden Massen durch indirekte Steuern zu erzielen, das lag nur daran, daß im Anfang der Steuer Verhandlungen jede von ihnen der andern das Odium aufbürden wollte, neue indirekte, das arbeitende Volk belastende Steuern beschließen zu haben. Als dann Polen und Fortschrittler umfielen, konnte das Zentrum seine lazierende Haltung aufgeben — nunmehr ging es mit Vollkraft auf's Ganze, der Wunsch der Regierung und der Großindustriellen im Tabakgewerbe ist erfüllt.

Die Absichten der Letzteren seien hier noch einmal kurz gekennzeichnet. Sie glauben, dem Monopolgedanken noch einmal ein Schnippen geschlagen zu haben, indem sie der Regierung immense Steuererträge aus dem Tabak zusicherten. Je höher die Steuererträge aus dem Tabak fließen, um so entbehrlicher müssen sie der Regierung das Monopol meinen sie. Je höher die Steuern, um so höher steigen allerdings die Preise für Tabakfabrikate. Aber hohe Preise sind kein Schutzwall gegen das Monopol. Sie würden die Regierung nicht hindern, das Monopol mit noch höheren Preisen zu machen. Denn eine Grenze kennt die fiskalische Steuersucht in dieser Beziehung überhaupt nicht. Also diese Aufkollung antimonopolistischer Gedanken ist verfehlt. Wir glauben auch nicht, daß sie auf Kenner der fiskalischen Verhältnisse und der Wirtschaftspolitik der Regierung Eindruck gemacht hat.

Realeren Untergrund hat das Vorgehen der Großen in der Tabakindustrie in der Gestaltung der Geschäfte nach Einführung der Steuern. Mit der Verkürzung der Tabakfabrikate, so haben sie richtig gerechnet, schlagen sie noch einen Profit für sich heraus. Und zwar in mehrfacher Hinsicht. Erstens werden die auf die Waren aufgelegten Steuerbeträge nach oben abgerundet. Im Großbetrieb rundet sich der Mehraufschlag zu ganz netten Summen.

Eine Verringerung des Konsums fürchten die Großindustriellen nicht, weil er ihnen nicht schadet. Zunächst gehen sie von Heeresaufträgen. Dann aber verlieren sie zu ihrer Genugtuung eine Anzahl von Konkurrenten aus dem Mittel- und Kleinbetrieb, die den Doppelschlag der unerhörten Teuerung des Rohtabaks und der zirkulierenden 50 Prozent betragenden Steuererhöhung nicht aushalten können. Die Großindustriellen beherrschen also den Markt immer unumschränkter. Das ist ihr Bestreben.

Aber gerade diese Gestaltung der Verhältnisse in der Tabakindustrie eröffnet dem Monopolgedanken die Perspektive auf die Zukunft. Es nützt nichts, die Monopolzustände jetzt auszumalen, wie es in einer Reihe von Blättern jetzt geschieht, und der Regierung vorzurechnen, daß sie mit hohen Steuererträgen aus der fortbestehenden Privatindustrie besser fährt als mit dem Monopol. Wenn sie die Zeit gekommen erachtet, wird sie eben den Profit der Privatindustrie als ein sehr hehagliches Objekt für sich reklamieren und selbst den Unternehmer spielen. Wenn das nicht einleuchtet, der mag sich noch durch steuerliche Winkeltzüge, wie sie die Tabakindustriellen gezogen haben, täuschen lassen. An der Situation wird dadurch nichts geändert.

Das einzige Hindernis für die Regierung, Monopolie, in diesem Falle speziell das Tabakmonopol, einzuführen ist, die Besorgnis der kapitalistischen Parteien, daß, wenn einmal ein Monopol eingeführt ist, dies zur Nachahmung reizen und auch in anderen Industrien den Kapitalisten die profitable Ausbeutung der Massen aus der Hand nehmen und auf den Staat übertragen könnte. Der Scheitern, an dem Monopolpläne scheitern, ist also nur die Solidarität der Kapitalisten. Wird für sie das Gebiet der Ausbeutung durch Monopolisierung verschiedener Industrien beschränkt, dann werden die Kapitalisten der enteigneten und verstaatlichten Industrien Mitbewerber auf dem beschränkten Gebiet der Privatwirtschaft, also Konkurrenten. Das allein fürchten sie und stemmen sich daher gegen Monopole, so lange das möglich ist.

Sollte sich freilich die Regierung entschließen, einmal ertragreiche direkte Steuern zu verlangen, dann würden die Vertreter des Kapitalismus im Reichstage, die bürgerlichen Parteien, sich eher für die Einführung des einen oder anderen Monopols entscheiden, nur um ertragreiche Steuern von der gesamten Kapitalistenklasse abzuwenden. Wir wollen mal sehen, wenn nach dem Kriege die „große Finanzreform“ kommt, gegen die die jetzige Steuerermahererei ein Kinderpiel sein wird, auf welche Seite die Regierung und die kapitalistischen respektiv bürgerlichen Parteien fallen werden.

In unserm Pessimismus, der allerdings in steuerlichen Angelegenheiten noch niemals schlecht beraten hat, nehmen wir jedoch an, daß immer wieder der Versuch gemacht werden wird, aus indirekten Steuern Unsummen herauszuschlagen. Doch das wird die Sorge nach dem Kriege sein. Aber das Volk wird sich dann hoffentlich erinnern, wie man schon während des Krieges einen seiner bestbelegten Konsumartikel, ohne Strupel mit unerhöhten Steuererhöhungen belastet hat.

Jetzt bleibt die Frage, wie der Schlag gegen die Tabakindustrie auf die Tabakarbeiter wirkt und was getan werden muß, um ihn weniger empfindlich zu machen. Daß sie, die Tabakarbeiter, am meisten darunter leiden werden, steht für uns fest. Nur müssen sie fest zusammenrücken und in Aktion treten, um gemeinsam das Uebel zu bekämpfen, das der Reichstag durch seine Beschlüsse zu ihren alten Leiden gesügt hat.

Alle Mann auf's Ziel! — heißt für die Tabakarbeiter, sich sofort Mann für Mann in der Organisation zum Kampfe um ihre Existenz zu scharen und bereit zu stellen.

Im Reichstage ist der Kampf zu Ende — nun beginnt er in der Industrie.

Zur Situation.

In voriger Nummer dieses Blattes wurde darüber berichtet, wie die bürgerlichen Mitglieder des Reichstages hinter den Kulissen der Kommission die Tabaksteuererhöhung zurechtredeten. Daß unter solchen Umständen die Kommission Aenderungen nicht mehr vornehmen würde, war als selbstverständlich vorauszusehen. Es ist denn auch das Kompromiß im Handumdrehen von der Kommission angenommen worden. Eine reine Formfrage.

Die Aenderungen am Entwurf der Regierung und, soweit Anträge in der ersten Sitzung der Kommissionsberatung Aenderungen brachten, haben wir bereits veröffentlicht. Leider waren die Veröffentlichungen der Presse über die Beschlüsse der Kompromißparteien nicht vollständig, so daß wir zu einem unangenehmen Irrtum kommen mußten. Es war nämlich nichts über das Schicksal des Antrages auf Unterstützung der durch die Steuererhöhung geschädigten Tabakarbeiter und -arbeiterinnen mitgeteilt worden. Wir mußten daher annehmen, daß dieser Antrag in den Kompromißbeschlüssen gefallen sei und danach auch in der Kommission fallen werde. Tatsächlich hat das Kompromiß den Unterstützungsantrag übernommen und er ist denn auch in der Kommission angenommen worden. Wortlaut und Sinn ist nun folgendermaßen:

Die mehr als ein Jahr im Tabakgewerbe und den durch dieses mitbeschäftigten Gewerben beschäftigten gewesenen Hausgewerbetreibenden und Arbeiter, welche nachgewiesenermaßen infolge dieses Gesetzes innerhalb des ersten Jahres nach dessen Inkrafttreten entweder vorübergehend oder für längere Zeit arbeitslos werden, ohne anderweitig entsprechende Beschäftigung zu finden, oder wegen notwendig gewordenen Berufswechsels oder wegen Einschränkung des Betriebes geschädigt werden, erhalten Unterstützungen bis zu einem Zeitraum von einem halben Jahre. Zu diesem Zweck wurden den Einzelstaaten die erforderlichen Mittel, dem festgestellten Bedürfnis entsprechend, überwiesen.

Der ursprünglich gestellte Antrag wollte die Unterstützungen bis zu einem Zeitraum von zwei Jahren festsetzen, so wie es im Jahre 1909 beschlossen worden war. Das, was jetzt in bezug auf die Zeitdauer der Unterstützung beschlossen worden ist, ist zwar nicht genügend, aber es wird im Gegensatz zu 1909 glücklicherweise auch den Zigarettenarbeitern und -arbeiterinnen und den in anderen Gewerben für die Tabakindustrie Arbeitenden (graphisches Gewerbe, Rostenmacher usw.) nötigenfalls Unterstützung gezahlt.

Nun hat ja die Kommission vorgeschlagen, und den Reichstag wird ohne Zweifel so beschließen, daß das Gesetz an sich mit dem 1. Juli 1916, dagegen die Erhöhung des Wertzolles erst dann in Kraft treten soll, wenn der Durchschnittspreis für Auslandstabak ein Kalendervierteljahr hindurch 180 M pro Doppelzentner beträgt. Da ergibt sich nun die Frage, ob die Unterstützung auch für jene ge-

Schädigsten Arbeiter und Arbeiterinnen gilt, die dann später, wenn der erhöhte Wertzuschlag kommt, ganz oder teilweise arbeitslos werden. Die Frage ist in der Kommission ausdrücklich besprochen worden auf Anregung Weidmanns. Daraufhin hat sich die Kommission ohne Widerspruch der Deklaration eines ihrer Mitglieder angeschlossen, nach welcher die Entschädigung für die bei den Terminen auf Grund der Steuererhöhung arbeitslos werdenden Arbeiter und Arbeiterinnen zu zahlen ist. Daß darüber Klarheit herrscht, scheint auch aus dem aus dem fraglos wird nach Inkrafttreten des Wertzuschlages die Arbeitslosigkeit erst umfangreicher eintreten und damit die Bestimmung ihren Zweck erfüllen. Nun heißt es für die Tabakarbeiter, Bestimmungen für die Ausführung dieses Unterstützungsbeschlusses zu erlangen, die dem Zweck der Sache entsprechen, die vor allem frei sind von bürokratischen Beschränkungen und fiskalischer Engherzigkeit. Wir haben ja von 1909 her noch genügende Erfahrungen, die jetzt zu verwerten sind. Die organisierte Tabakarbeiterchaft ist selbstverständlich bereit, hier mitzuhelfen, sie erwartet sogar mit ihren Organisationskörpern die Grundlage zur Durchführung der Ausführungsbestimmungen geben zu können.

Durch die Annahme der Erhöhung der Tabakabgaben, wie sie nun von der Kommission dem Reichstage vorgeschlagen wird, ist ohne Zweifel eine Schädigung der Tabakarbeiterchaft zu erwarten. Die wenigen Milderungen, die die Kommission vorschlägt und die der Reichstag beschließen dürfte, haben nach dieser Richtung hin nicht viel zu bedeuten. Diese Schädigung der Arbeiterchaft besteht nicht nur darin, daß Entlastungen erfolgen werden, wahrscheinlich dann in größerer Anzahl, wenn jetzt der Krieg beendet werden sollte oder wenn der erhöhte Wertzuschlag in Kraft tritt, sondern auch in den Lohnverhältnissen wird eine ungünstige Einwirkung eintreten. Dieses heute in allen Einzelheiten auseinanderzusetzen, ist nicht nötig, wir haben es oft ausführlich genug an dieser Stelle getan. Was ist also jetzt für die Tabakarbeiterchaft die dringendste Aufgabe? Nun, für den Lohnschutz mit erhöhter Kraft einzutreten. Das wird selbstverständlich vermittels der Organisationsorgane ganz direkt geschehen. Zwingt doch schon die unerträgliche Forderung die Tabakarbeiter nach dieser Richtung zum Handeln. Wer der Lohnschutz durch die Gesetzgebung wird von der Tabakarbeiterchaft mit mehr Nachdruck als bisher gefordert werden müssen.

Die Steuerkommission des Reichstages scheint denn auch selbst die Wirkung der Steuererhöhung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter empfunden zu haben, denn sie schlägt dem Reichstage folgende Resolution zur Annahme vor:

Den Bundesrat zu ersuchen, unverzüglich die Erhöhung von Sachauschüssen für die Tabakindustrie auf Grund des § 18 des Hausarbeitgesetzes vom 20. Dezember 1911 beschließen zu wollen.

Hier handelt es sich zwar um den Schutz, auch den Lohnschutz, der Hausarbeiter, doch darf nicht vergessen werden, daß die Steuererhöhung nicht nur die Verhältnisse der gegenüber den Fabrikarbeitern wechroseren Hausarbeiter ungünstiger beeinflusst, sondern daß sich sehr wahrscheinlich die Zahl der Hausarbeiter durch sie vermehren wird.

Nun mag es unzulässig sein, in das Gesetz über Tabaksteuer und -zölle Bestimmungen über Lohnschutz hineinzuarbeiten, so daß deshalb die Resolution vorgeschlagen wird. Ueber den Rahmen des Hausarbeitgesetzes geht die Resolution übrigens nicht hinaus. Doch wir wollen uns heute nicht mit dem Lohnschutz in allen seinen Möglichkeiten befassen, sondern nur ausdrücklich festhalten, daß die Kommission den Reichstage durch diese Resolution auf den Boden eines erhöhten Schutzes der Tabakarbeiter stellen will, und daß die Begründung dafür durch die Erhöhung der Tabakabgaben gegeben ist. Die Schlussfolgerung daraus ergibt sich nicht nur für Reichstag und Regierung, sondern auch für die Tabakarbeiterchaft. Wir werden übrigens sehr bald auf diese Frage zurückkommen.

So hat die Kommission auf der einen Seite der Regierung und den Großen der Tabakindustrie den Willen getan; auf der andern Seite den Tabakarbeitern eine beherzige Hilfe in der Not in Aussicht gestellt, von der jeder Einzelne den innigsten Wunsch hat, daß er sie nie in Anspruch zu nehmen braucht. In den nächsten Tagen wird sich zeigen, mit welcher Geste das Plenum des Reichstages das Schicksal der Tabakindustrie und das der Tabakarbeiter insbesondere, befreit.

Kundgebungen der Tabakarbeiter.

Versammlungen, die sich gegen die Erhöhung der Tabaksteuer erklärten, fanden noch statt in Allendorf a. d. Lahn, Schotten, Heuchelheim, Worms, Lampertheim, Rimpf und Dietesheim. Uns wird darüber geschrieben: In allen Orten sind Kriegerfrauen in die Zigarettenindustrie eingetreten, weil die Unterstützung auf dem Lande ganz ungenügend ist. Diese Frauen sagen mit Recht: Unsere Männer, die Ernährer der Familie, stehen im Felde; wir müssen arbeiten, um uns und unsere Kinder kümmerlich zu ernähren. Was soll werden, wenn wir nun durch die Tabaksteuer arbeitslos werden? Andere Arbeitsgelegenheit ist hier fast nicht zu finden; hier gibt es auf dem Lande nur Zigarettenindustrie. Die Arbeiterinnen halten die Steuern für sehr ungerecht, und ganz besonders in der jetzigen Zeit. Man soll an die großen Gebirge gehen, sagen sie. So ist die Stimmung allgemein.

Kriegszuschlag und Kontingentierung in der Zigarettenindustrie.

Die „Tabakwelt“, das Organ der Zigarettenindustriellen schreibt u. a.:

Die Mehrbelastung der Zigarettenindustrie, einschließlich Erhöhung des Rohstoffpreises, beträgt rund 100 Millionen Mark, also das Doppelte ihrer bisherigen Be-

lastung, sie hat also unter Zugrundelegung der Zahlen von 1913/14 fast ungefähr 50 Millionen Mark in Zukunft 150 Millionen Mark aufzubringen. Diese abnorm hohe Belastung kann von der Industrie unmöglich im freien Wettbewerb getragen werden, zumal der Wettbewerb in der Zigarettenindustrie schon Formen angenommen hat, die der breiten Masse des Mittelstandes in der Industrie in Friedenszeiten das Bestehen fast unmöglich machen. Die sog. Milde-Preiser bei einzelnen Großfirmen der Zigarettenindustrie, d. h. die Sucht, den Umsatz um jeden Preis zu steigern und der Konkurrenz das Geschäft aus der Hand zu reißen, würde bei der zukünftigen hohen Belastung in kürzester Zeit zum Ruin der Mehrzahl der deutschen Zigarettenfabriken und zu einem Privatmonopol weniger Firmen führen. Wären wir doch einmal zurück auf die Zeiten nach den Steuerbelastungen in den Jahren 1906 und 1909. Vor Eintritt der Steuern versorgten sich die Raucher auf Monate hinaus, die Händler kauften nach zu alten Preisen ein und die Industrie stand nach Inkrafttreten der Belastung beim Absatz ihrer Waren vor verschlossenen Türen. Die Arbeiter sollten weiter beschäftigt werden, die Maschinen stehen und die Lager in den Fabriken füllten sich immer mehr, so daß schließlich die Waren, zunächst von einzelnen Firmen, zu Schleuderspreisen und mit übermäßigen Rabattfahen auf den Markt geworfen wurden. Genau das selbe Bild werden wir auch nach der jetzigen Mehrbelastung sehen, es wird aber beeinflusst werden dadurch, daß kein Fabrikant mehr ein Interesse daran haben wird, seine Produktion über den durchschnittlichen natürlichen Zuwachs hinaus gewaltsam zu steigern.

Der Kontingentierungsbeschluss erscheint uns auch in seinen Einzelheiten als durchaus richtig und gesund. Er läßt zunächst jeder Fabrik außer der Möglichkeit einer qualitativen Entwicklung die Freiheit, ihren Umsatz um 15 Prozent jährlich zu steigern, also um diejenige Menge, welche in normalen Friedensjahren den durchschnittlichen natürlichen Zuwachs der Industrie gebildet hat. Will ein Fabrikant auf Kosten der Qualität und Preise und zum Schaden seiner Konkurrenten seinen Umsatz über den natürlichen Zuwachs hinaus steigern, so muß er für diejenige Mehrproduktion, die über das Vorjahr hinausgeht, den doppelten, bzw. den drei- oder vierfachen Kriegszuschlag bezahlen. Damit dürfte ein Behinderungsmoment in den Wettbewerb der Zigarettenindustrie eingeführt sein, das geeignet ist, die in der Geschichte des deutschen Wirtschaftslebens wohl einzig dastehende Form des Wettbewerbs zu mildern und sie auf eine gesunde natürliche Grundlage zurückzuführen.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß der Reichsschatzsekretär in der Kommission ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß eine endgültige Regelung der Belastung der Zigarettenindustrie bis nach dem Kriege vorbehalten werden muß. Im Zusammenhange damit wurde von den verschiedenen Parteien des Reichstages in der Kommission der Gedanke eines Zigarettenmonopols nach dem Kriege erörtert. Wenn man diese Ausführungen der ersten Kommission in den vorhandenen Auszügen liest, so läßt sich die Beschränkung nicht von der Hand weisen, daß im Hinblick auf ein etwa kommendes Monopol ein noch verschärfter Wettbewerb einzusetzen würde. Dieser Spekulation auf das Monopol, wie es der Reichsschatzsekretär nannte, dürfte durch die Kontingentierung die Spitze abgebrochen sein.

Die „Süddeutsche Tabakzeitung“ berichtet über die Frage aus Dresden:

In der sächsischen Zigarettenindustrie hält man den Beschluss der Zigarettenkommission des Reichstages für sehr bedenklich, der bestimmt, daß der doppelte Kriegszuschlag zu zahlen ist, sobald der Umsatz vom 1. Juli bis 31. Dezember v. J. den Umsatz vom 1. Oktober v. J. bis 31. März d. J. um 15 Prozent übersteigt und daß der dreifache Kriegszuschlag zu zahlen ist, wenn die Steigerung 20 Prozent beträgt. Man wendet in der Zigarettenindustrie dagegen ein, daß diese dem Kriegszuschlag in der Hoffnung willig zustimmte, daß durch Vergrößerung des Betriebes die Belastung ausgedehnt werden könne. Der Beschluss setze gewissermaßen eine Strafe auf die Betriebsvergrößerung. Das sei um so mehr zu bedauern, da, wenn der Beschluss gesetzliche Kraft erlangt, es der Zigarettenindustrie schwerer möglich sei, ihre aus dem Felde heimkehrenden früheren Arbeiter voll wieder einzustellen. Wie wir hören, wird die sächsische Regierung beim Bundesrat auf das Bedenkliche jenes Kommissionsbeschlusses hinweisen.

Aus der Zigarettenbranche.

In einer Sektionsversammlung der Zigarettenarbeiter Berlins berichtete der Kollege Henschel folgendes: In der Agitation sind auch in letzter Zeit gute Fortschritte gemacht worden. Trotzdem gibt es auch für die Zukunft noch ein reiches Arbeitsfeld. Auch zur Erleichterung von Lohn- und anderen Differenzen mußte mehrfach eingegriffen werden. So verfuhr die Firma Maratti im Handarbeitersatz auf eine Sorte Hänge zu machen. Erst durch Vermittelung des Gewerkschafters und der Ortsverwaltung gelang es, diesen Lohnabzug rückgängig zu machen. Ein Mitglied des Arbeiterausschusses, welches bei den Verhandlungen mit der Firma energisch gegen die Lohnabzüge aufgetreten war, wurde tags darauf wegen einer geringfügigen Angelegenheit entlassen.

In verschiedenen Klagen hätte auch der Betrieb Garbatz-Ansatz greifen. Der im Schiedsgericht für die Zigarettenindustrie geschiedene Ausschlag für Arbeiter wurde den Zigarettenhandwerkern verweigert. Erst durch Urteil der Schlichtungskommission wurde die Firma Garbatz befreit, daß dieser Ausschlag auch für Arbeiter zu zahlen ist. In der Tabakabteilung des genannten Betriebes sollte das Arbeitslohnregister eingeführt werden. Die Firma wollte für das Aufsetzen des Rahms pro Kilo 6 bis 7 Pfg. geben, während vorher 12 bis 18 Pfg. für gleich Arbeit bezahlt wird. Die Arbeiterinnen lehnten seitherzeit diese Arbeitslohn ab.

Nun hätte die Firma das Prämienwesen ein. Abgesehen davon, daß das Prämienwesen von der gesamten Arbeiterchaft als verwerfliches Mittel angesehen wird, ist auch dieses System bei gewissermaßen sonderbare Früchte. Diese letzteren sollen die Arbeiterinnen gegeneinander gehetzt werden, da man einen Lohn gegen einen anderen ausspielt, es habe mehr geübt. Ein andres interessantes ist, daß die Firma verbotene Gewichte gibt, so daß es den Arbeiterinnen gar nicht möglich ist, nachzugehen, was für Gewicht haben. Abgesehen davon, daß die Folge dieses Systems ohne weiteres einen Teil Arbeiterinnen arbeitslos macht, werden auch die sonst üblichen Zulagen in der Regel unter-

Dringens der Prämien und des Mehrleistungs verweigert. In vielen Betrieben aber werde darüber gellagt, daß seit Dezember, wo die letzte Teuerungszulage gewährt worden ist, die sonst üblichen regelmäßigen Zulagen nur in sehr vereinzelten Fällen gegeben werden. Obwohl diese Zulagen durch die Teuerungszulage nicht berührt werden sollten. Daraufhin habe die Gau- und Sektionsleitung Erhebungen über die Löhne der Lohnarbeiterinnen angestellt. Die Erhebung erstreckt sich auf 891 Arbeiterinnen in 14 Betrieben. Diese ergaben einen Gesamtlohnverdienst von 13 436 Mark. Das ergibt für den Einzelnen einen Durchschnittslohn von 15 Mark 14 Pfennig. Von diesen 891 Arbeiterinnen erhielten 867 Arbeiterinnen außerdem eine Teuerungszulage von 10 bis 25 Prozent, die sonst üblichen Zulagen, wie sie früher vor dem Krieg zu den Arbeiterinnen gewährt worden sind, sind nach Gewährung der Teuerungszulage nur selten und sehr spärlich gewährt worden. Denn von den 891 Arbeiterinnen erhielten von Dezember bis 1. April nur 223 Zulagen. Diese Zulagen schwanken zwischen 25 Pfg. und 2 Mark wöchentlich. 25 Pfg. ist eine wahrhaft fürstliche Zulage bei den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen!

Im Bericht „Lohf“ ist eine rege Diskussion. Alle Teilnehmer erklärten, daß betreffs der Lohnzahlung in vielen Fällen nachgeholfen werden müsse.

Vom holländischen Tabakmarkt.

Der „Süddeutschen Tabakzeitung“ wird aus Amsterdam u. a. geschrieben:

Anstatt der nach Bedarf abzukaufenden Maximalgarantie von 10 Gulden für 100 kg hat die N. O. Z. (Niederländischer Uebersee-Zust) nunmehr die Beitragspflicht auf den festen Satz von 3 Gulden für 100 kg dekretiert. Sie behält sich ferner das Recht vor, von Partien, die für den inländischen Verbrauch passen, 15 Prozent zu enteignen. Deshalb machte der größte Vorkostenland-Importeur bekannt, daß fortan auf die durch die N. O. Z. gesperrten Partien 3 Gulden für 100 kg der Faktur zugeschlagen werden würden. In Zusammenhang stellte die Holland-Amerika-Linie für künftige Verschiffungen den Vorbehalt, daß sich die Verlager aller Bedingungen, welche die N. O. Z. früher oder später auferlegen wird, unweigerlich zu unterwerfen haben. Diese mit Sand und Fuß fesselnde Klausel wird jedenfalls die kaufmännische Spekulation, Tabake aus Amerika herüberzuführen, enger und so den Effekt einer Anfuhrverminderung haben. Und dann entsteht die Frage, wird sich der Markt für manche Sorten nicht von Holland nach Dänemark verlegen? Noch nicht zufrieden, trat im „Nieuwe Rotterdamse Courant“ „Ein Interessent“ mit der kategorischen Forderung auf, die holländische Regierung solle schleunigst die ganze Tabakausfuhr zu Preisen unter 150 Gts. verbieten, die Ausfuhr dann von Konsenten mit einer Beschlaglegung auf 20 Prozent abhängig machen und die „schwimmenden“ Kontrakte mit Ausländern ungültig erklären, gleich wie von deutscher Seite Kontrakte in Eisen von Obrigkeitwegen annulliert seien. Inzwischen hat die N. O. Z. einen Ausschlag eingeleitet, welcher die Versorgung für die Fabrikation billiger Zigaretten regeln soll, es scheint also, daß die Schneidfabrikanten auf keine Unterstützung zu rechnen haben, im Gegenteil für die Zigarettenfabrikanten beitragspflichtig werden. Wie man übrigens die Verteilung ins Wert setzen will, liegt noch im Dunkeln.

Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

Hamburg. Die Firma Sinnighoffen u. Co. (Zigarettenfabrik) erhöhte die Löhne der Handarbeiter auf alle Sorten um 20 % pro Woche; da auch der Abzug für gelieferte Hülsen um 10 % pro Woche herabgesetzt wurde, erhöhte sich der Lohn um 30 % pro Woche.

Hadersleben. Die Firma M. G. a. n. s. s. (Wand- und Rauchtabakfabrik) erhöhte den Spinnelohn für Twist von 70 auf 75 % pro Zentner. Die Webemacherinnen erhalten pro Zentner 35 % mehr. Der Stundenlohn der Vorlegerinnen wird von 21 auf 23 % erhöht (1 % gilt als Teuerungszulage). Ungelernte männliche Arbeiter erhalten 2 % pro Stunde mehr. Jetziger Stundenlohn ist 40 %.

Hendenburg. Die hiesige Filiale der Firma M. G. a. n. s. s. (Sitz Hadersleben) erhöhte den Stundenlohn der im Wochenlohn beschäftigten Arbeiterinnen um 2 %, wovon 1 % als Teuerungszulage gerechnet wird. Diese Teuerungszulage erhalten auch die Webemacherinnen, die in Alford arbeiten. — Trotz mehrfacher Eingaben der Gewerkschaft an die Firma, auch den Spinnern allgemeine Teuerungszulagen zu gewähren, hat die Firma in diesem Jahre nur die obige Aufbesserung für Twist bewilligt. Es darf wohl erwartet werden, daß die Firma baldigst dem Zeitverhältnissen Rechnung trägt und auch an ihre Spinner denkt.

Reumünster. Die Firmen Helmert Müller und Wilhelm Fuß erhöhten alle Sorten um 1 % pro Woche, die Firma Wilhelm Desmarais erhöhte 2 Sorten um 1,50 %, alle übrigen Sorten um 1 % pro Woche. Der Mindestlohn beträgt jetzt 11 % pro Woche bei freier Zurichtung. Die Teuerungszulage von 5 Prozent fällt fort.

Bremen. Die Firma Pennermann u. Franka bewilligte pro Woche 1 % als Teuerungszulage.

Bremen-Hemelingen. Die Firma G. H. Meyer erhöhte den Lohn pro Woche um 1 %. Die Teuerungszulage wurde von 12 auf 15 % und von 6 auf 7,50 % pro Monat erhöht.

Seidingsfeld bei Würzburg. Die Firma Adam Wilhelm hat außer den bewilligten 70 % Lohnhöhung pro Woche noch eine Teuerungszulage von 1,50 % für Roller und 1 % für Wickelmacher pro Woche bewilligt.

Sonan. Die Firma Hartmann u. Co. hat eine weitere Lohnhöhung bewilligt. Derselbe beträgt jetzt 15 Prozent, vom 1. Juli ab kommen weitere 5 Prozent hinzu. Die gesamte Zulage beträgt dann 20 Prozent. Die Firma P. G. H. o. s. s. e hat noch 10 Prozent bewilligt, es sind nunmehr 15 bis 20 Prozent bewilligt. Die Firma Pengsberger Nachf. (Inh. Müller) hat auch eine Erhöhung der Zulagen eintreten lassen. Wer bis 15 % verdient, erhält 2 %, wer über 15 % verdient, erhält 3 % pro Woche.

Rampertheim a. M. Die Firma Gehr. Gehrhardt hat in entgegenkommender Weise die Löhne der Handarbeiter abermals um 2 M pro Mille erhöht, in ganzen also 3 bis 4 M pro Mille.
Oranienbaum. Die Firma O. L. Weinboth erhöhte die Bewilligung von 5 auf 10 Prozent.

Der Gau Hamburg im Jahre 1915.

Mein am Schlusse des Berichtes für 1914 ausgesprochener Wunsch, in der Lage zu sein, für das Jahr 1915 erfreulicheres berichten zu können, hat sich erfüllt. Sowohl hinsichtlich der Mitgliederbewegung, wie auch der Bewegungen, sind für 1915 Fortschritte zu verzeichnen. Trotzdem sich durch starke Einberufungen zum Heeresdienst die 40 Bahnhallen des Jahres auf 36 reduzierten, hat der Mitgliederbestand zugenommen. Ende 1914 waren im ersten Gau 332 Mitglieder, davon 73 weibliche, Ende 1915 jedoch 4213 Mitglieder, wovon 1102 weibliche, somit ein Mehr von 371 Mitgliedern. Interessante Zahlen. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat sich nur um 22 vermehrt, dagegen die der weiblichen um 349. Die Aufnahme dieser neuen Mitglieder ist vorzugsweise in Hamburg-Altona erfolgt, wo während des Krieges eine besonders große Zahl weiblicher Arbeitsträger in unserem Beruf zu verzeichnen ist.

Bei dem letzten Geschäftsgang stülpte die Zulagenbewegung fast das ganze Jahr aus. Im Frühjahr wurden in allen Orten der Versuch gemacht, Lohn- resp. Zulagenzulagen zu erlangen. Dies gelang fast überall, so daß bis zum Spätsommer in den meisten Orten Zulagen in Höhe von durchschnittlich 5 Prozent bewilligt waren. Im Herbst wurde diese Bewegung dann fortgesetzt, wobei die Zulagen in vielen Orten auf 10 Prozent, in einigen Orten etwas darüber, erhöht wurden. Zu verzeichnen ist hierbei, daß bei den Bewegungen im Herbst die Zulagen mehr allgemeiner Art waren, wozu in den meisten Betrieben alle Arbeiter und Arbeiterinnen partizipierten.

Nach Landesstellen geordnet ergaben sich für die Zigarrenbranche bis zum Schlusse 1915 folgende Resultate:
Hamburgischer Staat: Bewegungen in 3 Orten (Bergedorf, Billwärder, Hamburg) bei 51 Firmen. Zulagen bei allen organisierten Firmen von 10 Prozent für alle Arbeiter und Arbeiterinnen; bei nichtorganisierten Fabrikanten das gleiche, teilweise etwas günstigeres Ergebnis.
Bremischer Staat: Bewegungen in 2 Orten (Bremen, Vegesack) bei 40 Firmen. Zulagen von 5 Prozent Ende 1915 fast verschwindend, dafür Zulagen von 10 bis 15 Prozent, in einzelnen Fällen darüber.

Lübecker Bewegungen bei 8 Firmen. Zulagen von 5 bis 15 Prozent.
Schleswig-Holstein: Bewegungen in 18 Orten (Altona, Mithelndorf, Weidenstedt, Mantsdorf, Bredstedt, Gr. Boden, Jkshoe, Kellinghusen, Lauenburg, Neumünster, Pinneberg, Rellingen, Sande, Schiffsel, Schleswig, Segeberg, Uetersen, Wandsbek) bei 54 Firmen. Zulagenzulagen 5 bis 10 Prozent oder Lohnzulagen von 50 Pfg. bis 1 M. 1 pro Mille; bei einigen Sorten darüber.
Mecklenburg: Bewegungen in 5 Orten (Boizenburg, Grewesmühlen, Lübbek, Rarzin, Rostock) bei 17 Firmen. Zulagenzulagen von 50 Pfg. bis 1 M. 2 pro Woche oder Lohnzulagen von 50 Pfg. bis 1 M. 1 pro Mille.

Hannover: Bewegungen in 13 Orten (Achm, Blumenhof, Brinkum, Buxtehude, Garburg a. d. Elbe, Hemelingen, Rauhens a. d. Elbe, Osterholz, Dittmerhude, Schanz, Sulzinger, Verden, Winsen a. d. Luhe) bei 41 Firmen. Zulagenzulagen von 5 bis 10 Prozent, in einem Falle 15 Prozent, oder Lohnzulagen von 50 Pfg. bis 1 M. 1 pro Mille.
Oldenburg: Bewegungen in drei Orten (Oldenburg, Schmarum im Fürstentum Lüneburg, Sarel) bei 4 Firmen. In Schmarum 10 Prozent, in den beiden anderen Orten Lohnzulagen von 1 bis 2 M. pro Mille.

In der Zigarrenbranche somit in 45 Orten Bewegungen bei 215 Fabrikanten.
In der Zigarettenbranche wurden in Hamburg bei 8 Firmen Zulagenzulagen von 5 bis 10 Prozent erreicht. In der Gau- und Rauchtabakbranche waren in 8 Orten (Bredstedt, Bremen, Edersförde, Flensburg, Habersleben, Lübeck, Wenzlin, Wendsburg) Bewegungen bei 8 Firmen. Es wurden Zulagenzulagen von 1 bis 1 M. 4 pro Woche erreicht; die Lohnzulagen in Habersleben und Wendsburg machen etwa 5 Prozent aus; in Lübeck zahlten zwei Firmen ihren männlichen Arbeitern zu Weihnachten 1 M. 25 resp. 1 M. 50.

Im ganzen waren im ersten Gau Bewegungen in 50 Orten bei 226 Firmen zu verzeichnen.
Infolge Einberufung des Gauleiters für den zweiten Gau wurde mit Anfang November 1915 vom Vorstand der hannoversche und braunschweigische Teil des Gaus unterteilt. Auch hier fanden Bewegungen in mehreren Orten statt. Bis Ende 1915 wurden Zulagen in Hildesheim, Lehrte und Seesen am Harz im ganzen bei 6 Firmen erzielt und zwar Lohnzulagen in Seesen von 50 Pfg. pro Mille (Weißflog u. Fischer), in Lehrte 1,50 bis 2,50 pro Mille; und als Fortsetzung früherer Bewegung in Hildesheim bei vier Firmen Lohnzulagen von 25 Pfg. bis 1,50 pro Mille, sowie Aufhebungen für die sonstigen Arbeiter.

Weiter die beiden Bezirksarbeitsnachweise sei folgendes berichtet. Bei der großen Nachfrage nach Arbeitskräften konnten die Nachweise nur einen Teil der Balancen besetzen. Im Bezirksnachweis Cambura liefen 1088 Arbeitergesuche für Hamburg-Altona ein; vermittelt wurden 588 männliche und 287 weibliche, im ganzen 875 Arbeiter und zwar 58 Zigarren- und 31 Zigarillosarbeiter, 491 Zigarrenarbeiter, 8 Zigarillosarbeiter, 8 Koller, 44 Widelmacher, 27 Jurichter, 49 Sortierer und 22 Arbeiter. Aus dem Gau waren 48 Balancen gemeldet; vermittelt wurden 13 Zigarrenarbeiter, 2 Sortierer und 2 Tabakspinner. Nach anderem Gau wurden ein Sortierer vermittelt. Bei dem Bezirksnachweis Bremen wurden 915 offene Stellen für Bremen selbst gemeldet. Vermittelt wurden 207 männliche und 104 weibliche Arbeiter, im ganzen 311 Arbeiter und zwar 169 Zigarrenarbeiter, 67 Widelmacher, 12 Jurichter, 42 Sortierer, 1 Koller und 10 Helfer. Aus dem Gau waren 180 Balancen gemeldet; vermittelt wurden 31 Zigarrenarbeiter.

Im Berichtsjahre hatte ich 82 Touren nach 23 Orten zu machen, wobei es sich in der Mehrzahl um Lohnbewegungen handelte. In Hamburg-Altona nahm ich an 72 Sitzungen, Fabrikversammlungen usw. teil. Die Zahl der Posteingänge (außer Dr. Klagen) betrug 782, die der Postausgänge 1429. Dies in Kürze mein Bericht. Ich möchte nicht schließen, ohne den Ortsverwaltungen dringend ans Herz zu legen, daß auf meine Briefe prompte Antworten erfolgen und bei allen Dingen, daß die Quartalsrechnungen rechtzeitig, d. h. bis zur dritten Woche im neuen Quartal, eingekandt werden. Geschließt dies, so sparsam Zeit und — Merger.

50 Jahre Buchdruckerorganisation.

Auf eine 50jährige Tätigkeit blickte am 20. Mai die älteste deutsche Gewerkschaftsorganisation, der Verband der Deutschen Buchdrucker, zurück. Der Entwicklungsgang und die Tätigkeit dieser Organisation hat sehr häufig das Interesse der deutschen Arbeiterschaft, speziell der verschiedenen Gewerkschaften, wachgerufen, so daß dieser Erinnerungstag des Buchdruckerverbandes nicht unbeachtet vorübergehen dürfte.
Die interessante Organisationsgeschichte der Buchdrucker läßt erkennen, daß in diesem Beruf die Notwendigkeit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zuerst erkannt und empfunden wurde. Die Märztagung des Jahres 1848

führten die Vertreter der Jünger der schwarzen Kunst bereits in Mainz zusammen um die Gründung einer nationalen Vereinigung zu beraten. Die Not der Zeit war die mächtige Triebkraft zum Zusammenschluß. Bezeichnend für die damaligen Verhältnisse im Buchdruckgewerbe war ein Rufus der Gehilfen an die Buchdruckermeister Deutschlands, in welchem es heißt: „Als Hauptgebrechen wurde das Lehrlingswesen erkannt. In manchen Offizinen stehen neben zwei Gehilfen 10—12 Lehrlinge, welche 4—5 Jahre den selbstthätigen Zwecken ihrer Prinzipale dienen müssen und so um die schönste Zeit, die jugendliche, gebracht werden; nach beendeter Lehrzeit werden sie entlassen, damit 12 anderen der Schweiz von 4—5 Jahren getraut werden könne, hinausgestoßen in die Welt, irren sie obdachlos umher, weil ihnen überall Lehrlinge im Wege stehen und nirgend Beschäftigung für die Gehilfen zu finden ist.“ — Die erstrebte Organisation konnte leider nicht zur Wirksamkeit gelangen, da die dem 1848er Freiheitskriege folgende Reaktion die Saat nicht aufgehen ließ. Erst im Mai 1866 war es möglich, den Grundstein für den heutigen Verband zu legen. Der damalige Fortbildungsverein für Buchdrucker und Schriftsetzer in Leipzig, unter dem Vorsitz von Richard Hänel, berief die Vertreter der verschiedenen lokalen Vereine der deutschen Bundesstaaten zu einem Buchdruckerkongress nach dort, der die Gründung einer Zentralorganisation unter dem Namen Deutscher Buchdruckerverband beschloß.

Ueber die nächsten Aufgaben der jungen Organisation konnten bei der unter den Buchdruckern bereits vor der formellen Vereinigung geküßten Solidarität und Opferwilligkeit kaum Meinungsverschiedenheiten aufkommen. Der Wandertrieb der Buchdrucker, gefördert durch die mangelhaften Arbeitsverhältnisse im Gewerbe, hatte bereits zur Errichtung lokaler Reiseunterstützung geführt, an größeren Druckorten bestanden auch andere Unterstützungsweige (für Krankheit und Invalidität), so daß der Verband zunächst bemüht war, durch Zentralisierung der notwendigen Unterstützungsweige den Mitgliedern den erforderlichen Schutz und dadurch gleichzeitig ein kräftiges Bindemittel an die Organisation zu schaffen. Immerhin vergingen neun Jahre, bis die erste zentrale Unterstützung (Reiseunterstützung) ins Leben gerufen werden konnte, 1876 folgte dann die Invaliden-, 1890 die Arbeitslosenunterstützung am Orte, 1881 wurde die Zentralkrankenkasse gegründet. Der Gesamtbetrag von 48.486 501 M an Unterstützungen aus der Verbandskasse bedarf keiner weiteren Erläuterungen, um den Wert und die Bedeutung dieser Organisationseinrichtungen zu würdigen.

Selbstverständlich waren diese Unterstützungsweige nicht als Selbstzweck geschaffen, sondern sie sollten ein Mittel zur Förderung der Hauptaufgaben des Verbandes, Hebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sein. Dieser Aufgabe widmete sich der Verband mit aller Energie. Waren es anfangs lokale Kämpfe, die der Hebung der örtlichen Lage galten, so nahmen diese nach und nach einen solchen Umfang an, daß sie der im Jahre 1869 ins Leben gerufenen Unternehmerorganisation, dem Deutschen Buchdruckerverein, Veranlassung gaben, im Dezember 1872 folgenden Beschluß zu fassen:

Wenn in irgend einer Stadt von seiten unter sich geeinigter Gehilfen eine Arbeitseinstellung mit oder ohne Kündigung erfolgt oder fortbesteht, trotzdem die Kommission der Vertrauensmänner dem Standpunkt der Prinzipale gerechtfertigt findet, so tritt der Gesamtverein zum Schutze der gefährdeten Vereinsmitglieder ein, indem an einem und demselben Tage im ganzen Gebiet des Deutschen Buchdruckervereins die Vereinsoffizinen allen Gehilfen betreffenden Streik veranlaßt hat oder unterstützt. Kein Gehilfe, der wegen des Streiks ausgetreten oder entlassen ist, darf während der Dauer desselben in einer Vereinsoffizin angestellt werden.
Dieser Akt beweist, daß die Unternehmer im Buchdruckgewerbe das Mittel der Aussperrung bereits angewandt, welches in anderen Berufen erst bedeutend später in die Erscheinung trat. Die Gehilfenschaft ließ sich jedoch nicht zurückschrecken; der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen wurde fortgesetzt, trotzdem die Aussperrung in Wirklichkeit trat, und endete mit der Eringung eines Normaltarifs für ganz Deutschland, der im Mai 1873 vereinbart wurde.

Der beschränkte Raum gestattet nicht, auf alle Phasen der interessanten Tarifentwicklung einzugehen. Hervorgehoben sei nur, daß die Mitwirkung der Unternehmer bei Durchführung des Tarifs in den ersten beiden Jahrzehnten eine sehr geringe war, und als der große, über ganz Deutschland sich erstreckende Neunmündenkampf im Jahre 1891/92 erfolglos verlief, war die Folgeerscheinung ein schwerer Druck auf die Löhne, ferner entwickelte sich der alte Mißstand der Lehrlingszüchterei und zum Schanden des Gesamtgewerbes eine bedeutende Schmutzkonkurrenz. Diese Mißstände gaben der Verbandsleitung Veranlassung, bereits im Jahre 1896 die Mitglieder wieder auf die Schanzen zu rufen und erneut eine Revision des Tarifs anzuregen. Der plötzliche Vorstoß führte zur Erreichung eines Tarifs mit verkürzter Arbeitszeit und verbesserten Arbeitsbedingungen, namentlich aber auch zur Anerkennung der Verpflichtung seitens der Prinzipale, an der Durchführung des Tarifs mitzuwirken. Zu diesem Zwecke wurde das Tarifamt errichtet, welches die ihm gestellten Aufgaben in musterquältiger Weise erfüllte.

Die Erfüllung seiner gewerkschaftlichen Aufgaben sind dem Verbands nicht leicht gemacht. Nicht nur eine starke Unternehmerorganisation stand ihm gegenüber, auch aus der Arbeiterschaft, namentlich der sozialdemokratischen Presse, wurde ihm seine Tätigkeit erschwert. In einer Zeit, wo die Arbeiter alles Heil von der politischen Betätigung erwarteten, konnte man nicht verstehen, daß eine Arbeiterbewegung auf neutralem Boden Erfolg erzielen wollte. Die Betonung des Klassenkampfes und die Hervorhebung des politischen Standpunktes galt als nützlicher als die Kleinarbeit unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage. Die Buchdrucker waren naturgemäß die Schriftmacher der neuen Wege und mußten, wollten sie etwas Praktisches schaffen, ihre Maßnahmen den Verhältnissen

anpassen. — Ein Tarif über ganz Deutschland mußte selbstverständlich auf eine längere Zeit abgeschlossen werden; die Lehrlingsfrage, eine dringende Notwendigkeit, waren Neuerungen, die als unmodern galten.

Jeder Tarifabschluß der Buchdrucker gab der sozialdemokratischen Presse Veranlassung zu scharfer Angriffe, diese wirkten auch auf einen Teil der Verbandsmitglieder, und führten für die Organisation zu den größten Schwierigkeiten, die sogar bewirkten, daß ein Redakteur des Verbandsorgans die Abspaltung einiger hundert Mitglieder herbeiführte. In Leipzig wurden die Vertreter des Verbandes aus dem Gewerkschaftskongress ausgeschlossen, weil sie als Anhänger der Tarifgemeinschaft den modernen Arbeiterstandpunkt verlassen hätten. — Erst der Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. im Jahre 1899 brachte den Buchdruckern die Benützung, daß die Tarifgemeinschaften als nützlich für die Arbeiterschaft anerkannt wurden.

Auch die Tatsache, daß der Verband bemüht war, sich mit dem Vorgehen der Behörde gegen die Gewerkschaften — Stellung unter das preussische Versicherungsgegesetz — abzufinden, um seine Existenz aufrechtzuerhalten, brachte die üblichen Angriffe. Erfreulicherweise war die Erkenntnis von der Notwendigkeit starker gewerkschaftlichen Schutzes für die Arbeiterschaft so gefestigt bei den Buchdruckern, daß sie konsequent die beschrittenen Bahnen imhielten und an ihrem 50. Erinnerungstage mit Bestriedigung auf ihre organisatorische Tätigkeit zurückblicken können in dem Bewußtsein, auch ein Stückchen Pionierarbeit für die übrige Arbeiterschaft geleistet zu haben.

Gebührt wird dieser Gedanktag durch den blutigen Völkerring. Von den circa 70 000 Mitgliedern bei Beginn des Krieges sind viele zur Fahne berufenen, manche brave Kollegen ruhen in fremder Erde! — Demgegenüber ist es ein beruhigendes Bewußtsein, daß trotz der tiefen Eingriffe des Krieges in das Organisationsleben der Verband unerschüttert durch die großen Anforderungen besteht. Während der Kriegsdauer wurden von der Organisation an Unterstützungen geleistet 10 223 565 M, eine Summe, die für sich selbst spricht!

Die Wirkungen des Krieges sowie die technische Entwicklung werden im zweiten Halbjahrhundert den Verband vor keine leichten Aufgaben stellen. Möge der alte Geist der Solidarität und Opferwilligkeit sich auch ferner in der Organisation bewähren, dann wird sie auch in Zukunft alles das erfüllen, was von einer modernen Arbeiterorganisation erwartet werden muß.
E. Döblich im „Correspondenzblatt“.

Erklärung.

Unserer Hamburg-Altonaer Ortsverwaltung, insbesondere dem Kollegen G. Ostertag, hatte man von verschiedenen Seiten nachgelagt, die Frauen der zum Militär eingezogenen belgischen Mitglieder hätten nicht die ihnen nach dem Statut zustehende Unterstützung erhalten. Kollege Ostertag hat einen derjenigen, die solches behaupteten, zur Feststellung der Wahrheit vor den Schiedsmann laden lassen. Dort hat derselbe sich zu nachstehender Erklärung bereitgefunden:

Ich erkläre, daß die Behauptung, die belgischen Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes hätten nicht die Unterstützung erhalten, die den Frauen der zum Militär eingezogenen aus Verbandsmitteln gezahlt werden sollte, falsch ist, und daß von seiten der hiesigen Ortsverwaltung vollständig nach den Anordnungen des Vorstandes auch den ausländischen Mitgliedern gegenüber verfahren worden ist.
Der Kläger nimmt diese Erklärung entgegen und ist zufriedengestellt.
(gez.) Ostertag. (gez.) G. de Hoopde. Stellvert. Schiedsmann.

Verbandsstell.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Karl Dehmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 52. — Telephonamt Roland 6046. — Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 52, zu adressieren.
Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an B. Niederholland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Großeinlauf-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. in Hamburg, Postfachkon. Nr. 6349 beim Postfachamt in Hamburg.
Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Kraus, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 52, zu adressieren.
Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Julius Riendorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an E. Schone, Hamburg, Weidenbörcher 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Als verloren gemeldet: Hamburg: Das Mitgliedsbuch S. 1 45 635 lautend auf Heinrich Wilt; aus Belle in Wehl, geb. 15. 11. 1859, eingetr. am 14. 12. 1913 Nr. 2. (S. 241, 13. S. 16.)
In Verzeigungsfalle ist das Buch einzuziehen und an den Vorstand einzuliefern.
Ausgeschliffen nach § 13: Schädigung von Verbandsinteressen: Hamburg, der Zigarrenarbeiter Heinrich Gibe aus Altona, geb. 19. Mai 1874, eingetr. am 17. 3. 1915 S. II 77 523 (S. 237, 12 S. 16.)
Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (S. = Verbandsbeiträge):
5. April: Erfurt 3. 70.—, 15. Mai: Sotthaus 3. 10.—, 19. Dresden 3. 1500.—, Dring 3. 100.—, 20. Schwelzingen 3. 30.—, Jüterbog 3. 200.—, Schömar 3. 45.—, 21. Treßcha 3. 100.—, Lemgo 3. 120.—, Witten 3. 125.—, Frankenberg 3. 700.—, Klein-Crotenburg 3. 250.—, Tannenberg 3. 100.—, 22. Frankenhäuser 3. 150.—, Brandenburg 3. 90.—, Berlin 3. 600.—, Gienach 3. 7.—, Bohrau 3. 40.—, 23. Baugen 3. 100.—, Dahme 3. 350.—, Wöstenheim 3. 500.—, Neißebrom 3. 41.—, 24. Scharnbeck 3. 350.—, 25. Bremen 3. 300.—, 27. Hamburg 3. 2000.—, Berlin 3. 100.—
Bremen, den 29. Mai 1916. — B. Riendorf, Stellvert.

Wird das „Berliner Tageblatt“ sagt: „Auch nach seiner — Helferrichts — Ansicht hat also der Reichstag der Regierung mehr bewilligt, als sie gefordert hatte. Denn das rechnungsmäßige Defizit für 1916/17 betrug nur 480 Millionen: Und der Reichstag bewilligte die 650 Millionen. (Urs: 760 Millionen. D. R.) nicht bloß für das laufende Jahr, sondern für eine ziemlich unbestimmte Zeit. Insofern schneidet der gewesene Reichsschatzsekretär überraschend günstig ab. Von den bewilligenden Parteien läßt sich das gleiche nicht ohne weiteres behaupten.“

Das meinen wir auch. Der Regierung in dieser Zeit der Teuerung neue indirekte Steuern auf dem Präsentierteller entgegenzubringen, wagten die bewilligenden Parteien wohl nur, weil sie meinten, in dieser fürchterlichen, aufgeregten Zeit werde das werktätige Volk es gar nicht so tief empfinden, wie man ihm immer neue Lasten aufwählt. Und es mag sein, daß es durch die Schrecken und Folgen des Krieges vorläufig etwas abgestumpft gegen solche Zumutungen ist. Aber die Wirkung solcher Steuerpolitik ist eine nachhaltige. Die direkte Steuer ist eine einmalige, dann, nach der einmaligen Entrichtung, sind die bestehenden Klassen davon wieder befreit. Die indirekten Steuern sind dauernde. Wir brauchen nur auf die Tabaksteuer hinzuweisen. Und wer weiß, wozu sich das Monstrum der Umsatzsteuer noch auswächst.

Genug, die bestehenden Steuern werden ihren schädlichen Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht verfehlen. Sie helfen, die Teuerung zu einer bleibenden zu machen. Dann aber wird sich das Volk in ruhigeren Zeiten einmal einen Vers drauf zu machen, was man ihm während des Krieges alles aufgebürdet hat. Es wird nichts davon vergessen werden. Und dann allerdings werden die steuerbewilligenden Parteien des Reichstages nicht günstig abschneiden.

Was aber das Wichtigere ist: Die gesamte Wirtschaftspolitik der Regierung und der herrschenden Parteien wird durch solche Vorgänge in ein grelles Licht gestellt. Sieht man ab von den vagen Verheißungen, die nach siegreich beendeten Kriege für das ganze Volk, auch für die arbeitenden Klassen, die Aussicht auf günstigere Wirtschaftl. resp. Existenzverhältnisse winkt, so bleibt nach der Bewilligung der neuen Steuern nur die Tatsache, daß durch sie die wirtschaftlichen Verhältnisse der arbeitenden Klassen verschlechtert werden. Man sollte meinen, wenn Regierung und herrschende Klassen wirklich die günstigen Folgen eines siegreichen Krieges voraussehen, dann müßten sie doch vor allem erst dafür sorgen, daß nicht jetzt, noch während des Krieges, die überaus gedrückte Lage der arbeitenden Klassen noch mehr gedrückt und dadurch der weitverbreitete Unwille noch gestärkt wird. Doch nein, es wird nach demselben Schema verfahren, nach dem man bisher die Lasten hauptsächlich den breiten Massen aufwählt.

Die Folgen können nicht ausbleiben. Eine durch neue Steuern verschärfte Teuerung treibt die Arbeiter zur Forderung höherer Löhne. Man wird sich nicht beklagen können, wenn diese Forderung neue soziale Kämpfe auslöst. Die Arbeiter sind es nicht, die die Situation zuspitzt haben. Aber, da es um ihre Haut geht, müssen sie sich wehren.

Die Tabaksteuer im Reichstage.

(Rede des Abgeordneten Lehmann.)

Meine Herren, wohl nur wenige Industrien haben in bezug auf ihre Existenz und ihre Fortentwicklung mit so vielen Widerwärtigkeiten und geradezu gewaltigen Störungen zu kämpfen gehabt wie die deutsche Tabakindustrie, insbesondere die Zigarrenbranche. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nach einer Zeit recht schlimmer Unterdrückungsversuche folgte eine Zeit der rechtlossten finanzpolitischen Eingriffe (Sehr richtig! bei den Soz.), Eingriffe und Maßnahmen, deren üble Folgen noch heute in starkem Maße zu verspüren sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Trotz dieser gewiß allgemein bekannten Tatsache sollen die Tabakabgaben aus neue erhöht werden. In den 188 bis 185 Millionen, die die Tabakabgaben alljährlich dem Reiche bringen, sollen neue 160 Millionen erhoben werden (Hört, hört! bei den Soz.) und zwar in Form von Zoll für unearbeitete und bearbeitete Tabakblätter und fertige Fabrikate in einer Höhe von 41½ Millionen, in Form von Tabaksteuer, also in Abgaben auf deutschen Tabak, in Höhe von 2½ Millionen und in Form von einer Kriegsteuer auf Zigaretten in Höhe von 87 Millionen. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Rest von 28,6 Millionen soll in Form eines Wertzuschlages in Höhe von weiteren 25 Prozent dann später bei normalen Tabakpreisen erhoben werden. Diese Belastung an und für sich ist enorm zu nennen und wird die deutsche Tabakindustrie gerade so schädigen, wie alle finanzpolitischen Maßnahmen bis zum heutigen Tage geschadet haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Im Reichsschatzamt ist man allerdings anderer Meinung. In der Begründung zu dieser Vorlage heißt es an einer Stelle:

Eine Preiserhöhung, die für den Käufer unerschwinglich wäre und eine dauernde Schädigung des Tabakgewerbes herbeiführen würde, ist nach den Ausführungen Sachverständiger bei der vorgelegten Abwägung nicht zu erwarten.

Meine Herren, das müßen sehr merkwürdige Sachverständige sein, die dem Reichsschatzamt mitgeteilt haben; daß eine solche Belastung keinen dauernden Schaden für die Industrie im Gefolge habe. Wahrscheinlich wird man nur an sich und nicht an die Arbeiter gedacht haben. Ich gehe mit, dem Nachweis für die gegenteilige Anschauung zu liefern. Ich denke da zunächst an die Belastung, die die Tabakindustrie im Jahre 1879 erfahren hat. In jenem Jahre wurde der Eingangszoll von 24 auf 35 A pro Doppelzentner und die Tabakabgabe für inländischen Tabak, die damals ungefähr 4 bis 6 A, ungerundet, betrug, auf 15 A pro Doppelzentner erhöht. Auch jenem Reichstag ist gesagt worden, daß eine solche Belastung der Industrie keineswegs Schaden zufüge. Was haben wir aber in den folgenden Jahren erlebt? In den Jahren 1871 bis 1875 hatten wir in Deutschland einen durchschnittlichen

Konsum in Höhe von 1,84 Kilogramm pro Jahr und pro Kopf der Bevölkerung. Aber nach der Belastung in den Jahren 1881 bis 1885 betrug dieser nur noch 1,39 Kilogramm pro Jahr und Kopf der Bevölkerung. Der Rückgang des Konsums betrug, also 0,45 Kilogramm (Hört, hört! bei den Soz.) oder rund 24 Prozent. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn der Konsum einer bestimmten Ware in einer solchen Weise zurückgeht, dann ist es auch erklärlich, daß eine entsprechende Anzahl Arbeiter überflüssig wird und auf das Straßenpflaster kommt. Noch heute haben wir den Konsum pro Jahr und Kopf der Bevölkerung noch nicht wieder zu verzeichnen wie in dem Jahr fünf 1871 bis 1875. In Jahre 1913 betrug er 1,54 Kilogramm nach dem der Vorlage beigefügten statistischen Material. Ich erwähne gerade diesen Stand des Konsums, um auch nach der Richtung hin nachzuweisen, daß jene Agitation, die den Tabakkonsum für schädlich hält und beseitigen oder eindämmen will, eigentlich nicht am Platze ist; in Wirklichkeit ist der Konsum also geringer, als er ehemals war.

Dieselben Wirkungen löste die Tabakbesteuerung im Jahre 1909 aus. In diesem Gesetze wurde außer den 85 A pro Doppelzentner Eingangszoll für unearbeitete Tabakblätter ein 40prozentiger Wertzuschlag eingeführt, und die Steuer auf inländischen Tabak auf 87 A pro Doppelzentner erhöht. Auch damals ist in diesem hohen Hause zum Ausdruck gebracht, daß eigentlich gar nicht daran zu denken sei, daß die Industrie geschädigt wird; alle Vorgänge in dieser Zeit haben aber das Gegenteil bewiesen. Es waren kaum sechs Monate ins Land gegangen, da war es der damalige Herr Reichsschatzsekretär Bermuth, der hier auf Grund der Untersuchungen, die den arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern ausgearbeitet wurden, erklärte, daß innerhalb der ersten fünf Monate nicht weniger als über 53 500 Tabakarbeiter Unterstützungsgesuche eingereicht hätten. (Lebh. Rufe bei den Soz.: Hört, hört!) Der Konsum ist auch da wieder an und für sich zurückgegangen, und zwar im Gegensatz zum Jahresfünft 1901 bis 1905, wo er durchschnittlich 1,59 Kilogramm pro Kopf und Jahr der Bevölkerung betrug, auf 1,49 Kilogramm in den beiden Jahren 1910/1911.

Am schlimmsten ist immer die Zigarrenbranche getroffen worden. Nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten wurden im Jahre 1908 in der Zigarrenbranche allein beschäftigt in 6926 Betrieben 185 384 Arbeiter. Im Jahre 1910 dagegen wurden in 6552 Betrieben nur noch 151 924 Arbeiter beschäftigt. Die deutsche Zigarrenbranche ist also unendlich schwer getroffen worden, und zwar so, daß im Jahre nach der Steuererhöhung 13 460 Arbeiter weniger beschäftigt wurden. (Hört, hört! bei den Soz.) Ja, noch im Jahre 1913 waren es 11 654 Arbeiter, die weniger beschäftigt wurden als im Jahre 1909. Das ist meines Erachtens ein Beweis dafür, daß tatsächlich nicht nur von einer vorübergehenden Schädigung der Industrie geredet werden kann, sondern auch, im Gegensatz zu den Anschauungen im Reichsschatzamt, von einer dauernden Schädigung der Tabakindustrie. (Zustimmung bei den Soz.)

Meine Herren, gestatten Sie mir noch einige Urteile von Handelskammern anzuführen, die sich ganz mit meiner Anschauung decken. Da schreibt z. B. die Bremer Handelskammer in ihrem Bericht für 1911, also geschrieben 1912:

In unserem vorigen Jahresberichte haben wir der Befürchtung Ausdruck verliehen, daß die Absatz- und Produktionsstörungen, die in den letzten Monaten des Vorjahres infolge der eingetretenen höheren Zollbelastung die Zigarrenindustrie schwer geschädigt hatte, ihren Höhepunkt noch nicht überschritten hätte, sondern daß noch längere Zeit vergehen würde, bis die Fabrikation wieder in übersichtliche und geordnete Verhältnisse kommen würde. Die Befürchtungen haben sich leider als zutreffend erwiesen.

Auch die Wiesener Handelskammer urteilt in dem Jahresbericht für 1911 genau so wie die Handelskammer in Bremen.

Besonders aber wichtig ist es meines Erachtens, mich einmal die Ansicht der Mindener Handelskammer zu hören, eines Handelskammerbezirks mit einer ausgedehnten Zigarrenindustrie. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese Handelskammer schrieb in bezug auf die Wirkung der Tabakbesteuerung von 1909 folgendermaßen:

Von den bei der Reichsfinanzreform beschlossenen Gesetzen hat die neue Tabaksteuer der Zigarrenindustrie unseres Bezirks mit ihren Hunderten von Betrieben und vielen Tausenden von Arbeitern einen überaus verberlichen Schicksal gegeben (Hört, hört! bei den Soz.), unter dessen Folgewirkung unser Minden-Stadensberger Land schwer zu leiden hat. Wir haben alle unsere Kräfte eingesetzt, um den Reichstag von der verheerenden Wirkung der neuen Steuerbelastung auf die in sich noch nicht genugsam erstarbte Tabakindustrie zu überzeugen; es war vergebens. Nun ist die Wille dieser unserer Hauptindustrie geknickt, und wir befürchten, daß sie sich von dem Schlage kaum je erholen wird. Viele Fabriken sehen ihr Lebenswerk zerbröckeln am Boden liegen, in banger Sorge, ob ein Wiederaufbau möglich sein wird. Tausende von Tabakarbeitern sind beschäftigungslos geworden und gehen einer sorglosen Zukunft entgegen.

Dieses sehr bemerkenswerte Urteil legt in vollem Umfange die Situation dar, wie sie sich nach 1909 gestaltet hat. Noch heute ist die Zahl der Arbeiter geringer als vor der letzten Steuererhöhung. (Hört, hört! bei den Soz.) Im Jahre 1908 wurden nämlich in 598 Betrieben dieser drei Kreise, Minden, Herford und Lübbecke, 13 595 Arbeiter a 300 Arbeitstage beschäftigt, im Jahre 1910 nur 11 557, also 2038 a 300 Arbeitstage weniger, und im Jahre 1913 waren es 12 399, also immer noch rund 1200 a 300 Arbeitstage weniger als 1908. (Hört, hört! bei den Soz.) Das sind meines Erachtens vollgültige Beweise dafür, daß solche finanzpolitischen Maßnahmen die Industrie und damit die in der Industrie beschäftigten Arbeiter schwer und andauernd schädigen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Ja, nicht allein die eigentliche Tabakindustrie wird durch solche finanzpolitischen Maßnahmen hart getroffen, sondern auch die Nebenberufe dieser Industrie. So sagt die Mindener Handelskammer in bezug auf die Ristenfabrikation in ihrem Jahresbericht von 1913/14, der also kurz vor Ausbruch des Krieges geschrieben ist:

Die ersten Monate des Jahres 1914 haben ein recht klares Geschäft mit vermindertem Absatz gebracht. Ueberhaupt ist seit der Erhöhung des Tabakzolls der Konsum an Zigaretten entschieden zurückgegangen, und als notwendige Folge hat der Bedarf an Zigarettenlisten immer mehr und mehr abgenommen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Nun leidet aber nicht allein die Ristenfabrikation unter einer solchen Steuerpolitik, sondern auch das graphische Gewerbe und andere Berufe, die in direktem und indirektem Zusammenhang mit der Tabakindustrie zu tun haben. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wenn der Konsum an Tabakfabrikaten zurückgeht, dann ist es erklärlich, daß außer den Arbeitern auch viele kleine Unternehmer einer solchen Industrie zu leiden haben, wenigstens eine längere Zeit hindurch zu leiden haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Mit diesen leiden auch die vielen Händler mit Tabakfabrikaten, so die Ladenbesitzer, Gastwirte usw., die schon heute schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben. Es ist daher erklärlich, wenn diese Gruppen sich gegen eine solche Steuer wehren und von dem Deutschen Reichstag die Ablehnung wünschen. (Sehr richtig! bei den Soz. Arb.)

Für die deutschen Tabakarbeiter sind aber noch weitere dauernde Schäden vorhanden. An und für sich hat die Tabakbesteuerung mit dazu beigetragen, daß die Löhne geringer sind als die Löhne aller gewerblichen Arbeiter Deutschlands. Die fortgesetzten finanzpolitischen Eingriffe haben erheblich dazu beigetragen, den sozialen Aufstieg der Tabakarbeiter zu unterbinden. Nach den Feststellungen der gewerblichen Berufsvereinigungen in Deutschland hatten die gewerblichen Arbeiter im Jahre 1900 einen Jahresdurchschnittsverdienst von 897 M, im Jahre 1913 1215 M; die deutschen Tabakarbeiter dagegen hatten im Jahre 1900 einen Jahresdurchschnittsverdienst von 541 M und im Jahre 1913 von 672 M. (Hört, hört! bei den Soz. Arb.) Wir haben also eine Steigerung der Löhne für alle gewerblichen Arbeiter, die an und für sich gering zu nennen ist, angesichts der gewaltigen Preissteigerungen für die notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel von 318 M, während die Tabakarbeiter trotz aller Anstrengungen nur eine Lohnsteigerung von 131 M pro Jahr durchsetzen konnten. (Hört, hört! bei den Soz. Arb.) Wir sagen wohl mit Recht, daß infolge der finanzpolitischen Maßnahmen und der fortgesetzten Reueingriffe die deutschen Tabakarbeiter aus dieser trostlosen Lage nicht herauskommen können. Das ist meines Erachtens auch ein Beweis dafür, daß diese fortgesetzten Eingriffe eine dauernde Schädigung der Industrie und der Tabakarbeiter zur Folge haben. (Sehr richtig! bei den Soz. Arb.)

Schwer wird auch die Zigarettenbranche getroffen, so daß mit Sicherheit damit zu rechnen ist, daß ein großer Teil der Handarbeiter entlassen werden wird.

Nun, meine Herren, unterliegt es gar keinem Zweifel, daß auf Grund der stattgefundenen Verständigung der Tabak auf neue wird bluten müssen. Man hat nun in der Kommission einen von uns gestellten Antrag gutgeheißen, der da besagt, daß für die arbeitslosen und geschädigten Tabakarbeiter eine Unterstützung ausgezahlt werden soll. In der ersten Beratung hat die Kommission diesen Wünschen zugestimmt, ein Unterstützungsrecht auf zwei Jahre hinaus festzulegen. In der zweiten Lesung ist diese Bestimmung leider geändert und in eine halbjährige Unterstützungsdauer umgewandelt worden. Das ist meines Erachtens eine schlimme Verberberung des Unterstützungsrechts. Wenn man anerkennt — und durch Bestimmung des Art. V erkennt man das doch an —, daß das Gesetz schädliche Folgen hat, dann hätte man dabei bleiben müssen, unseren Wünschen entsprechend die Unterstützungsansprüche auf zwei Jahre bestehen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Soz. Arb.) Es wird nötig sein, sofern das Gesetz zustande kommt — und daran ist nicht mehr zu zweifeln —, dafür zu sorgen, daß die Unterstützungsbestimmungen baldigst geschaffen werden, und zwar im Sinne unserer im Jahre 1909 zum Ausdruck gebrachten Wünsche (Sehr richtig! bei den Soz.), damit, wenn die Arbeitslosigkeit eintritt, die arbeitslosen Tabakarbeiter nicht erst wochen- oder monatelang auf die an und für sich doch gering bemessene Unterstützung zu warten brauchen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Es mag ja richtig sein, daß im gegenwärtigen Augenblick, wo die Tabakindustrie tatsächlich mit einem flotten Geschäftsgange zu rechnen hat, die Wirkung dieser Belastung nicht sofort eintreten wird. Vor allen Dingen kommt hier in Betracht, daß die Regierung selbst ja ein großer Abnehmer ist: die Heeresverwaltung bezieht ja 25 bis 30 Prozent der Tabakfabrikate für das Heer. Ich meine, wenn ein solcher guter Abnehmer vorhanden ist, kann man von einem guten Geschäftsgange in der Industrie reden. Da mag es sein, daß im Moment eine große, allgemeine, andauernde Arbeitslosigkeit nicht eintreten wird. Aber ein Teil der Arbeiter wird meines Erachtens auch jetzt zur Entlassung kommen müssen (Sehr richtig! bei den Soz.), vor allen Dingen eine größere Anzahl von Arbeitern, die in der Zigarettenbranche als Handarbeiter beschäftigt werden. Diese werden meines Erachtens aus den Fabriken herausgedrängt werden. Wenn sie sich nicht dazu verstehen, zu einem um 5 bis 10 M geringeren Wochenlohn als sonstige Arbeiter in der Zigarettenbranche zu arbeiten. Ebenso werden etwas besser bezahlte Arbeiter durch Arbeiter mit niedrigeren Löhnen ersetzt werden, um so die Produktionskosten zu verringern. (Sehr richtig! bei den Soz.) Für diese arbeitslos gewordenen Arbeiter muß schnell gesorgt werden, und zwar in noch mehr, als wir es hier mit Arbeitern und Arbeiterinnen zu tun haben, die in den großen Städten wohnen und vielleicht nur für ein paar Tage das Notwendige zum Lebensunterhalt haben.

Ich möchte also dringend eruchten, daß, wenn das Gesetz zustande kommt, vom Bundesrat wirklich schnell die Ausführungsbestimmungen erlassen werden und zwar entsprechend den von uns geltend gemachten Wünschen in demselben Sinne, wie wir es im Jahre 1909 beim Reichsjahrbuch vorgetragen haben und allgemein damals ja auch anerkannt worden sind.

Nun, meine Herren, haben wir ja bei diesen finanzpolitischen Maßnahmen die Tatsache zu verzeichnen, daß selbst die Gesetzgebung, die Hunderttausende schädigt, dazu benutzt wird, einzelnen Gruppen in ihren Erwerbsverhältnissen beizustehen und ihre Interessen zu fördern. Es heißt nämlich in der Begründung:

Mit der vorgeschlagenen Bemessung der Zoll- und Steuerföhrung für Rohabfabrik soll zur Förderung des heimischen Tabakbaues der Zollschutz für den inländischen Tabak verstärkt werden. Die Erhöhung des Zollschatzes für den inländischen Tabak durch das Gesetz vom 15. Juli 1909 hat den Bedürfnissen des deutschen Tabakbaues nicht genügt.

Also auf der einen Seite Förderung der Interessen der Landwirtschaft und auf der andern Seite eine schädigende Störung der Industrie. (Sehr richtig! bei den Soz.) Mit einer solchen Gesetzgebung können wir uns meines Erachtens nicht einverstanden erklären. In Wirklichkeit wird der deutsche Tabakbau durch eine solche Politik aber gar nicht gefördert werden. Wenn das der Fall wäre, dann hätten meines Erachtens die finanzpolitischen Eingriffe von 1879 und 1909 diese Folge zeitigen müssen. Das gewünschte Ziel ist nicht erreicht worden. Trotz alledem ist die Zahl der Tabakpflanzler zurückgegangen.

Wir hatten nämlich im Jahre 1905 in Deutschland 93 123 Tabakpflanzler, also Bauern, die sich mit Tabakbau beschäftigten, die eine Fläche von 14 111 Hektar bebauten. Im Jahre 1909 haben wir nun eine größere Spannung zwischen der Belastung des deutschen Tabaks und der Belastung des ausländischen Tabaks bekommen, und zwar betrug sie vorher nur 40 M — 45 M für deutschen Tabak, 85 M für ausländischen Tabak. Im Jahre 1909 bekam der ausländische Tabak eine Belastung zu den 85 M in Höhe von 40 Prozent des Wertes und der inländische Tabak eine Abgabe in Höhe von 57 M zu tragen, so daß also die Spannung zwischen der Belastung des ausländischen Tabaks und des deutschen Tabaks erheblich höher wurde. Nun hätte doch eigentlich das eintreten müssen, was man damals schon wünschte und was man nunmehr in der Begründung wieder zum Ausdruck gebracht hat. Was sehen wir aber? 1913 hatten wir 86 953 Pflanzler und eine Fläche von 14 361 Hektar, also ein paar Hektar mehr. Im übrigen ist die Zahl der Tabakpflanzler zurückgegangen. Meines Erachtens ist das darauf zurückzuführen, daß der Tabakbau an und für sich nicht so rentabel ist, wie z. B. das Ziehen anderer landwirtschaftlicher Artikel, daß jene Tätigkeit mehr Gewinn einbringt als der Tabakbau, vor allen Dingen, wenn man dabei berücksichtigt, daß beim Tabakbau außerordentlich viel Arbeit zu leisten ist, und dann andererseits auch die Risiken dabei berücksichtigt.

Der deutsche Tabak wird meines Erachtens die Stelle niemals einnehmen, die der ausländische Tabak in der Industrie einnimmt. (Sehr richtig!) Es ist meines Erachtens ein Köhlerglaube, wenn man annimmt, daß solche finanzpolitischen Maßnahmen den deutschen Tabakbau fördern werden. Die einzige Möglichkeit, den deutschen Tabakbau gewinnbringender zu gestalten, kann nur die sein, daß den deutschen Tabakpflanzern näher zu Gemüte geführt wird, daß sie Tabak bauen, den die große, angegebene deutsche Zigarrenindustrie gebrauchen kann, und vor allen Dingen müssen die Tabakbauern auch selbst einmal darauf achten, andere Zustände zu schaffen, als sie heute bestehen. Heute liegen die Dinge so: selbst wenn die Preise für den deutschen Tabak anziehen, haben die Tabakpflanzler im allgemeinen, von wenigen großen abgesehen, eigentlich von den hohen Preisen gar nichts; sie haben höchstens das Nachsehen. Die Dinge liegen so: wenn ein Tabakpflanzler sich Mühe gibt, einen guten, brauchbaren Tabak zu züchten, ein anderer dagegen nicht, und wenn dann die Verkäufer in die Dörfer kommen, dann bezahlen sie möglichst einen Einheitspreis für allen Tabak, ganz gleich, wie es mit der Güte bestellt ist. Der Pflanzler, der den guten, für die Zigarrenindustrie brauchbaren Tabak gebaut hat, bekommt meistens nichts mehr als der andere, der keinen Fleiß auf seinen Tabakbau verwendete. Dieser Zustand muß geändert werden; wer den besseren, brauchbareren Tabak liefert, muß für seine Arbeit auch in Form besserer Preise entlohnt werden.

Für übrigen ist die ganze Gesetzgebung höchst merkwürdig zu nennen. Einerseits nützt man jede Steuergesetzgebung aus, um einen Teil der Bevölkerung in seinen Interessen besonders beizustehen, und andererseits schreit man hier rücksichtslos über die Hunderttausende von Arbeitern, Angestellten und Selbständigen in der Tabakindustrie hinweg. Und noch eine schlechte Seite hat diese Gesetzgebung. Durch den Umstand, daß der ausländische Tabak nunmehr 130 M pro Doppelzentner tragen soll, und daß bei normalen Tabakpreisen dann anstatt 40 Prozent 65 Prozent Wertzuschlag auf den ausländischen Tabak gelegt wird, wird die Preisspannung zwischen dem ausländischen und inländischen noch größer werden. Genaue gewünschten Folgen treten für die Tabakpflanzler nicht ein. Aber die Folge tritt ein, daß diejenigen Industriegebiete, die heute mit jenen konkurrieren, die vorwiegend deutschen Tabak verarbeiten — ich denke da an das süddeutsche Gebiet —, im Vorteil sind gegenüber den Gebieten, die meistens ausländischen Tabak verarbeiten. Eine solche Gesetzgebung dürften selbst diejenigen nicht mitmachen, die ihr Mandat aus den betreffenden Kreisen selbst haben! Eine große Schädigung wird ganz besonders für die nordwestdeutsche Zigarrenindustrie herausbeschoren, wenn nicht für den Augenblick, dann für später, wenn es mit den Steuererleichterungen aufhört. Besonders zu jener Zeit, wo noch alles darniederliegt, das Wirtschaftsleben noch nicht wieder aufgerichtet ist, wo alle Lebens- und Verdienstmittel noch so sehr hoch sein werden und jeder Pfennig gespart werden muß. Das dicke Ende dieser Steuergesetz-

gebung wird sich dann zeigen. Besonders werden diejenigen Gebiete, wie das östliche Westfalen, schwer zu leiden haben!

Alles in allem: die vorgeschlagene Erhöhung der Tabakabgaben wird nicht allein eine vorübergehende, sondern eine dauernde Schädigung des Handels mit Tabak und Tabakfabrikaten sowie der Tabakindustrie mit ihren mehr als 200 000 Arbeitern zur Folge haben. Deshalb lehnen meine politischen Freunde diese Vorlage ab. (Vehf. Beifall bei den Soz.)

Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

Nordhausen. So wie die Firma Grimm u. Triebel hat auch der Nordhäuser Fabrikanten-Verein Teuerungszulagen gewährt, welche schon seit dem 1. Februar ausgezahlt werden. Dieselben betragen für alle ledigen Arbeiterinnen 4 M, für alle verheirateten oder verwitweten Arbeiterinnen 6 M pro Monat. Die männlichen Arbeiter erhalten bis zu 16 Jahren 4 M, von 16 bis 21 Jahren 5 M und alle über 21 Jahre alten erhalten 8 M pro Monat. Unterhandlungen, welche eingeleitet waren, um den weiblichen über 16 Jahre alten in den Besitz der Zulage zu bringen, haben bis jetzt noch kein befriedigendes Resultat gebracht.

Vorstehenden Abmachungen haben sich die Firmen P. A. Ganewacker, Bruns Low u. Sohn und Reschle u. Nies angegeschlossen.

Görlich. Die Firmen Richard Gürke, E. B. Gerste, Heinrich Heders und E. Lange erhöhten die Teuerungszulagen von 1 auf 2 M für die männlichen und von 80 S auf 1,20 M für die weiblichen Arbeiter pro Woche.

Schönberg o. R. Die Firmen E. B. Gerste und Heinrich Heders erhöhten die Teuerungszulagen für die Arbeiter von 1 auf 2 M und für die Arbeiterinnen von 80 S auf 1,20 M pro Woche.

Geilsdorf. Die Firma Richard Gürke erhöhte die Teuerungszulagen von 1 auf 2 M für männliche Arbeiter und von 80 S auf 1,20 M für weibliche Arbeiter pro Woche.

Rotenburg. Die Firma E. B. Gerste verdoppelte die Teuerungszulage, die nunmehr beträgt für männliche 2 M und für weibliche Arbeiter 1,20 M pro Woche.

Obernitz. Auch hier erhöhte die Firma E. B. Gerste die Teuerungszulagen wie in Rotenburg.

Der Wettlauf um die Jugend.

In der Beratung der Vereinsgesetznovelle in der Reichstagskommission wurden alle alten Schmäler ausgegraben, mit denen schon früher gegen eine rationelle Jugendziehung angekämpft wurde. Dabei fiel auch von konservativer Seite das Wort vom „Wettlauf der Parteien um die Jugend“. Auf die Gewerkschaften gemünzt — zu deren Gunsten doch die Novelle eingebracht ist — ist dieses Wort sinnlos.

Den Gewerkschaften wird durch die Novelle verwehrt, rein politische Thematika in den Kreis ihrer Beratungen zu ziehen. Sogar auf dem Gebiete der Sozial- und Wirtschaftspolitik ist noch eine Beschränkung vorgesehen. Außerdem dürfen nach den Kommissionsbeschlüssen — die sicher Annahme im Plenum finden — Jugendliche nicht an öffentlichen Versammlungen teilnehmen, in denen politische Gegenstände verhandelt werden. Es ist also purer Unsinn, die Novelle als eine Förderung des Wettlaufs der Parteien um die Jugend zu bezeichnen. Mit solch plumphen Angriffen das Gesetz zu verhindern und den Gewerkschaften die Möglichkeit nehmen zu wollen, Jugendliche anzuwerben, das muß feststehen. Unnötig zu versichern, daß die Gewerkschaften Jugendliche nur für die Zwecke und Ziele der Gewerkschaften anwerben und herausbilden wollen.

Wenn aber ausgerechnet die reaktionären Konservativen von einem Wettlauf um die Jugend reden und ihren Gegnern daraus einen Vorwurf machen, dann braucht man nur die sozialen Verhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft nachstern zu betrachten, um die Verdrängung der Jugend durch die reaktionären und herrschenden Klassen sofort zu erkennen. Trotz aller Proteste der reaktionär patentierten Jugendhüter gegen die „Politik der Jugend“ wird doch diese Politisierung von Kindesbeinen an mit ihr betrieben.

In unzähligen patriotischen Kundgebungen — von rein politischen Auszügen an gerechnet bis herab zu den Feiern von Gartenvereinen, auf denen politische Festsreden gehalten werden — bemüht man die Kinder, auch wenn sie noch nicht die Schule besuchen, als Staffage. Hier soll ihnen bereits — sagen wir: patriotisches Gefühl eingebläht werden.

Und wie steht es denn in der Schule? Es ist erstaunlich, daß Männer, wie der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Perschke, eifern gegen die Hineinziehung der Jugend in politische Disputationen. Wird denn in der Schule des bürgerlichen Staates keine Politik gelehrt? Sogar wichtige politische Tagesfragen werden den Kindern vorgetragen, erörtert und bestimmte Schlüsse gezogen, die man den Kindern als einzig richtige Denkart einzuprägen sucht. Wir sehen in dieser Kriegszeit deutlicher wie sonst den politischen Einfluß der Schule auf die Kinder hervortreten. Aber auch in Friedenszeiten macht sich im Geschichtsunterricht und bei anderen Lehrgegenständen der politische Einfluß bemerkbar. Das weiß jedes Kind, das im elterlichen Hause seine, ihm in der Schule eingeimpften historisch- und patriotisch-politischen Kenntnisse oft sehr wichtigweise auskratzt. Gegen Ende der Schulzeit kommt es zwischen den der Schule bald erwachsenen Kindern und deren Eltern sehr oft zu Disputationen, bei denen die Eltern je nach ihrer politischen Stellung das, was die Kinder als Schulweisheit mit nach Hause bringen, zu berichtigen oder zu vervollständigen suchen.

Bei den Schülern der höheren Schulen ähert sich die politische Beeinflussung durch die Schule noch ganz anders. Oft treten sie ihren Eltern mit einem in der Schule präparierten fertigen Urteil entgegen. Erst später, wenn sie selbst erwachsen sind und mehr Erfahrung und Wissen gesammelt haben, kommen sie zu dem Urteil, daß sie schulmäßig recht einseitig unterrichtet worden sind. Aber das ist es ja gerade, was den Konservativen „Schülern“ der Jugend genehm ist. Sie soll in dieser einseitigen Anschauung verharren, weil das den konservativen Zwecken entspricht.

Wenn es aber so steht, dann muß es komisch anmuten, wenn konservative Jugendhüter gegen die Politisierung der Jugend zeteren. Diese beginnt bereits in der Schule und es kommt nur darauf an, wie sie nach der Schule entlassung fortgesetzt wird. Da gilt es den herrschenden Kreisen natürlich als ideal, wenn die Fortsetzung der Politisierung in patriotischen Jugendvereinen aller Art in der aus der Schule hergebrachten Weise geschieht, bei der der konservative Geist maßgebend ist.

Die arbeitende Jugend möchte man gern in diesen Rayon konservativer Jugendziehung hineinziehen, allein, das begegnet allerhand Schwierigkeiten. Vor allem macht hier der kapitalistische Anspruch auf die Jugend einen Strich durch die Rechnung, der die Kinder der Arbeiter ins Arbeitsverhältnis zwingt und der Jugend hier durch einen brutalen Anschauungsunterricht, den sie an ihrem eigenen Leibe empfindet, zunächst eine schwere Lehre der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse aufbringt, die weit abweicht von dem, was sie in der Schule „gelernt“ hat. Hier lernen die Jugendlichen nun, wie sie in der Praxis um ihr bürgerliches Leben, um ihre Existenz schwer ringen müssen. Nicht nur das, sie erkennen auch sehr bald, was sie zu tun haben, um ihre Existenz günstiger zu gestalten. Vor allem werden sie die Lohnverhältnisse für sich zu bessern suchen. Sehr bald sehen sie ein, daß ein einzelner dazu nicht imstande ist, daß sie nur im Verein mit ihren Arbeitskollegen gemeinsam eine Besserung ihrer Lohn- und Existenzverhältnisse erringen können. Diese Einsicht weist ihnen den Weg zu den Gewerkschaften. Denn diese sind zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen gegründet, führen den Kampf mit dem lohnwidrigen Kapitalismus und tragen dadurch zur Hebung der Arbeiterklasse, sowie der sozialen Verhältnisse in anerkannter Weise bei.

Nun soll der arbeitenden Jugend durch die Novelle der Anschluß an die Gewerkschaften gesetzlich ermöglicht und erleichtert werden. Da kommen die patentierten Hüter der Jugend mit den unstilligsten Einwänden dazwischen und wollen den jungen Arbeitern den Weg zu den Gewerkschaften versperren. Viel eher kann man von ihnen behaupten, daß sie das aus purem Parteinteresse tun. Dabei gehen sie natürlich vom kapitalistischen Interessensstandpunkt aus, der es zweckdienlicher hält, wenn die arbeitende Jugend sich schweigend der kapitalistischen Diktatur unterwirft. So erst wird es erklärlich, warum die Konservativen sich über einen Wettlauf der Parteien um die Jugend beklagen.

Kommt jedoch bei dieser Novelle ein Wettlauf um die Jugend gar nicht in Frage, so wollen die Konservativen doch durch die Verlegung des Weges zu den Gewerkschaften verhindern, daß bei weiteren Vortritten gegen das unzeitgemäße Vereinsgesetz der Jugendparagraf überhaupt fällt und der politischen Fortbildung der Jugend der Weg geebnet wird.

Jedenfalls wird bei der „Reorientierung der inneren Politik“ von neuem das Bestreben eintreten, der staatlichen Bevormundung überhaupt ein Ende zu bereiten.

Berichtigung.
Zu der in voriger Nummer des L. A. veröffentlichten „Erklärung“ ist zu berichten, daß der Schiedsmann nicht Hopf, sondern Grünmann heißt und daß Hopf besternte ist, den Kollege Osterlag verlagte hatte. Durch ein Versehen ist der Name des Schiedsmannes fortgeblieben.

Gewerkschaftliche Frauenzeitung.

Vom Januar 1916 ab erscheint im Verlage der Generalkommission unter dem Titel „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“, ein Blatt, das beitragen soll, die Arbeiterinnen und weiblichen Angehörigen für die Gewerkschaften zu gewinnen. Das Blatt erscheint alle 14 Tage. Der Deutsche Tabakarbeiterverband ist zunächst nicht in der Lage, seinen weiblichen Mitgliedern das Blatt gratis zu liefern, da es dazu des Beschlusses eines Verbandstages bedarf. Das Blatt kann aber auch abonniert werden, und zwar nicht nur von den Mitgliedern selbst, sondern auch von den Frauen und Töchtern unserer männlichen Mitglieder. Der Bezugspreis beträgt 20 S pro Exemplar und Vierteljahr. Wer das Blatt beziehen will, bestelle es bei der Ortsverwaltung.

Unsere Ortsverwaltungen werden hiermit aufgefordert, Bestellungen auf die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ entgegenzunehmen.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, — Telephonamt Roland 6040, Bürozeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Selbst-, Einschreib- und Verteilungen nur an H. Rieck, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32, — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Gewerkschafts-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. D. in Hamburg, Postfach Nr. 5349 beim Postamt in Hamburg.
Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Straß, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Rieckhoff, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an E. Schöns, Hamburg, Behndorferstraße 52 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

folgende Gelder sind bei mir eingegangen. (B. = Verbandsbeiträge, F. = Freiwillige Beiträge.)
 27. Mai Berlin B. 100.—, Worms B. 30.—, Trebbin B. 100.—, Breklau B. 400.—, 29. Johannegeorgenstadt B. 100.—, Reimen B. 50.—, 29. Neumünster B. 75.—, Elmigloß B. 100.—, Gumburg B. 100.—, Lützenau B. 230.—, 30. Oranienburg B. 100.—, Wörbe B. 50.—, Müthen i. Sann. B. 150.—, Senzinghausen B. 25.—, Großerhain B. 50.—, Döbeln B. 250.—, Goch B. 200.—, 31. Waldheim B. 50.—, Bremen B. 200.—, Gießen B. 300.—, Potsdam B. 100.—, 1. Juni Hebe B. 150.—, Frankfurt a. M. B. 100.—, 2. Hamburg B. 100.—, 3. Berlin B. 250.—, Bremen, den 5. Juni 1916. W. Nieder-Belland.

Adressen-Veränderungen.

Freiburg (7): Herr Philipp Mackloff, Predigerstr.
 Koblenz (4): 1. Herr Frau Schloffer, Nabenstr. 7.
 Mühlentheim & Wenzingen i. Baden: Vertrauensmann Witz, Greiner.
 Saintholt i. Hann. (5): 1. Herr Joseph Schmidt, Kirchplatz Nr. 14.
 2. Herr Pauline Wenzel, Ernst-Ludwigstr. 9.

Arbeitsmarkt.

Offene Stellen.

Mehrere tüchtige Koller nach Frankenberg i. Sa., Tariflohn nach 10prozentiger Lohnerhöhung. Nachauftrag: Arbeitsnachweis Carl Blum, Frankenberg i. S., Ghennitzerstr. 14.
 Zwei Zigarrenarbeiter, welche sich selbst Widel machen, Tariflohn und gutes Material. Nachauftrag: Arbeitsnachweis, Paul Weigmann, Frankfurt a. D., Schmalzstr. 5.

Zwei Zigarrenarbeiter, Kollerlohn 650 M., nach Vohlsheim i. Schles. Nachauftrag: Gewerkschaftsamt, Gust. Tiede, Breslau, Margarethenstr. 17, Zim. 59.

Der Verbandsvorstand.

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

Für den Gau Hamburg:

Wilmsh: Gottlieb Osterlag, Bureau: Delfersallee 1

Hannover: 2. Rischmüller, Hainstraße 60.
 Sprechstunden: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Jugereste dort Arbeitslosenunterstützung.

Für den Gau Nordhaußen:

Nordhaußen: Herrn Schmidt, Verbandsbureau, Wolfstraße 14.

Für den Gau Herford:

Herford: Wilhelm Schiller, Elmterstr. 59.

Für den Gau Frankfurt a. M.:

Frankfurt a. M., West 13: Franz Schnell, Steinhühnenstraße 6 a.

Für den Gau Offenburg:

Für Bremen:

Bremen: Heinrich Bobbenkamp, Finkenstr. 58/60 I, B. 13.
 Sprechstunden: 8 1/2 bis 10 1/2 vormittags und 7 bis 8 Uhr abends. Telefon 2185.

Für den Gau Hannover:

Offenburg: Georg Durban, Mehgerstr. 15 II.
 Karlsruhe: Herrn Durlhard, Angartenstraße 58 IV.

Für den Gau Heilberg:

Heilberg: Ludwig Klein, Heilberg, Hauptstr. 45.

Für den Gau Erfurt:

Erfurt: Anton Fischer, Ulfenriederstraße 28 I.
 Sprechstunden: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachm. und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.

Für den Gau Dresden:

Dresden-N.: Joseph Dommer, Volkshaus Schützenplatz 20, III.
 Für Sortierer: Max Bernhard, Dresden-Pieschen, Braunschweigerstr. 8, 3. Etg. Sprechzeit: 12 bis 1 Uhr mittags und 6 bis 7 Uhr abends; an Sonnabenden nur 5 bis 6 Uhr nachmittags.

Für den Gau Breslau:

Breslau: Gustav Tiede, Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17 II, Zimmer 59.

Für den Gau Berlin:

Berlin: Wilhelm Boerner, Berlin C 54, Bureau: Dragonerstraße 6 a, born, II. Etg.
 Für Sortierer: Otto Erdmer, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 185.

Alle Arbeitssuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

Gestorben:

Gestorben am 6. Mai der Zigarrenarbeiter Ferdinand Gense, 32 Jahre alt, (Nachstelle Oberob.).

Am 29. Mai starb in Dresden die Widelmacherin Auguste Sauer aus Dresden, 56 Jahre alt.
 Ehre ihrem Andenken!



Eckstein
Zigaretten
 Einzig in Qualität
Trustfrei
 A. ECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

Wir kaufen von der Firma R. Ringwald in Nauen (Geschäftsausschluss) sämtliche Restbestände der vorhandenen Utensilien:

ca. 3 bis 4000 Formen, alles moderne auch ein Teil schlanke Fassons, ca. 100 Zählbretter, ca. 100 Schragen, ca. 50 Rahmen, Gasbrennpressen, 7 Kistenpressen, ca. 50 Keildruckpresskästen (Gerhardt & Kibelstein), mehrere Dezimalwaagen, Rollbretter, blaues Einschlagpapier, Wellpappe, geißes Aussatzpapier, Glanz-Streifen, ein grosser Posten 10 und 20tel Zigarrenkisten sowie diverse Fabrik-Utensilien.

Es empfiehlt sich sofortiger Lagerbesuch.

L. COHN & CO. Berlin N.
 Brunnenstr. 24
 Fernsprech-Nr.: Norden 513, Norden 4043. Telegramm-Adresse: Formentohl.

Carl Roland
 Berlin SO 26
 Kottbuserstrasse 4.

Sumatra-Decke
 pr. Pfd. 4.10, 4.30, 4.40, 5.80 M.
 G. B. H., 1. Blattlänge, ganz hell, pr. Pfd. 8.— M.
 Mexiko-Decke pr. Pfd. 5.30 M.
 Havana pr. Pfd. 5.50 M.
 Brasil pr. Pfd. 3.50 M.
 Java-Einlage... pr. Pfd. 2.80 M.
 Java-Einlage mit Umblatt pr. Pfd. 2.90, 3.10, 3.15, 3.20 M.
 Ueberseeischer Tabak nur bei gleichzeitiger Entnahme von andern Tabaken pr. Pfd. 2.— M.

Unserer Kollegin Werta Simon und ihrem Bräutigam Karl John zu ihrer am 10. Juni stattfindenden Hochzeit ein 300malbonnerendes Hoch
 Verspätet.
 Unserer Kollegin Marie Wülfle geb. Remmüller und ihrem Ramme Alfred Wülfle zu ihrer 24. Mai stattfindenden Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
 Ihre Kollegen und Kolleginnen der Firma Ernst Diermann, Burgdamm.

„Bewährte Bezugsquelle aller zur Zigarrenfabrikation geeigneten Rohstoffe zu günstigsten Marktpreisen. Jederzeit werden Rippen gegen sofortige Kasse zum Tagespreise abgenommen.“
Leon Well, Speyer.

Walter Sassen
 um keine Adresse bitte
Hermann Schilb
 Firma Peters, Zigarren-Fabrik
 Burgdamm b. Bremen

Großfisch sucht Zigarren
 laufend auch nach dem Krieg. Er bitte Muster mit äußersten Preisen an Schließfach Nr. 15.
Friedberg in Hessen.

Achtung! Rohstoff!
Hengfloss & Maak
 Altona-Ottensen
 Filiale: Berlin N.,
 Brunnenstrasse 25.

Kein Tabakarbeiter darf mehr unorganisiert sein!

Jeden kleinsten Posten Tabakstengel auch Postpakete kauft bei vorheriger Preisangabe W. Koch, Senftenberg N./Lausitz, Branhausstraße 6.

Näh-Nadel „Jewel“
 D. N. S. W. - Patent.
 Herr. u. ungar. Pat. angem. Über sehr eig. Konstruktion! Sie macht Stoppstiche wie eine Nähmaschine. Erhöhte Erfindung, um Seber, Seba, Reimann usw. mit her Hand zu nähen. Zum Reparieren von Schürzen, Geschirren, Sätteln, Segeln, Betten usw. Preis p. St. aus Metall mit 3 verschiedenen Nadeln und Nadeln Mk. 3.50 unter Nachn. Porto u. Versand. frei. Gränzig viele Anerkennungen. Bitte beim Kauf zu beachten: Die Nadel „Jewel“ ist stets aus Metall, ist von unbegrenzter Dauerhaftigkeit und unübertreffliches Original-Fabrikat, kann deshalb niemals mit wertlosen, hölzernen und billigen Nachahmungen verwechselt werden!
G. Tannert, München
 Landwehrstraße 39/1.

Einlage-Tabake
 entrippte Java-Sumatra und Pfälzer laufend in jedem Quantum abzugeben. Muster gegen Nachnahme. N.N. u. Schließfach Nr. 15.
Friedberg in Hessen.

Rohstoffhandlung
 kauft bei Aufgabe der Fabrikation z. Tabake und Utensilien gegen sofortige Kasse. Off. mit Preisangabe unter Chiffre N. 100. Exp. b. Bl.

Gelesene Tabak-Arbeiter
 bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

Drucksachen liefert schnell und billigst
J. S. Schmalfeldt & Co.
 Bremen.

Ich kaufte bisher in den Einschreibungen des Jahres 1916 nur direkt in Partien
5797 Packen
 und zwar:
 1099 Packen am 14./1. 1916
 1370 „ „ 4./2. „
 1398 „ „ 18./2. „
 706 „ „ 4./3. „
 367 „ „ 31./3. „
 410 „ „ 5./5. „
 447 „ „ 25./5. „
5797 Packen

Neue Sumatra-Angebote aus meinem verzollten Lager:

Sumatra-Sandblatt:
 Edelste Tabake mit idealen Farben.

No. 3433. Vollbl., 2. Lg., graufahl Mk. 9.—
 „ 3434. „ 3. „ „ 8.—
 „ 3435. „ 4. „ „ 4.—
 „ 3436. Lochbl., 2. „ hellfahl „ 6.50
 „ 3437. „ 3. „ „ 5.—
 „ 3438. „ 4. „ Sortiertabak „ 3.50

Sumatra-Mittelblatt:
 Festblattige Marken für billigeres Fabrikat.

No. 3448. Vollbl., 2. Lg. Mk. 6.—
 „ 3449. „ 2. „ „ 5.60
 „ 3450. „ 2. „ „ 5.—
 „ 3451. „ 3. „ „ 4.25
 „ 3454. Lochbl., 2. „ „ 5.—

Sumatra-Pflückblatt:
 Ganz ungewöhnlich edle, zarte, fahle Tabake.

No. 3439. Vollbl., 1. Lg., hellfahl Mk. 10.—
 „ 3440. „ 2. „ „ 9.—
 „ 3441. „ 3. „ „ 8.—
 „ 3442. „ 1. „ lebhaft hell „ 8.50
 „ 4343. „ 2. „ „ 8.—
 „ 3444. „ 3. „ „ 7.—
 „ 3445. Lochbl., 1. „ hellfahl u. hell „ 7.50
 „ 3446. „ 2. „ „ 6.50
 „ 3447. „ 3. „ „ 5.50